Nr. 53. Donnerstag, den 4. März 1886. III. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf.
(Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

„Fangprämien.“

Viele unserer Leser wissen wohl kaum, was das vorstehende Wort „Fangprämien“ bedeuten soll. Ein oder der andere denkt vielleicht daran, daß in verschiedenen Ländern für ein paar Wolfsohren oder, wie in Indien, für den Fang giftiger Schlangen u. s. w. Prämien gezahlt würden. In sogenannten Heuschrecken- oder Maikäferjahren wurden auch in Deutschland immer noch in den heimgesuchten Gegenden Prämien gezahlt für ein gewisses Quantum dieses verheerenden Ungeziefers.

Aber Prämien auf den Menschenfang!?

In den Sklavenländern wurden für den Fang flüchtiger Schwarzen Prämien gezahlt und auch in unserem Vaterlande werden ja noch immer Prämien gesetzt auf den Fang flüchtiger Verbrecher.

Auch erhielten früher die Polizeimannschaften wohl in ganz Deutschland für den Fang von Leuten, die mit den Polizeiverordnungen und Gesetzen in Konflikt gerathen waren, durchweg ihre Prämien.

Daß solche Prämien ausnahmsweise noch jetzt bei flüchtigen Verbrechern von Fall zu Fall festgesetzt werden, ist ganz natürlich und auch kaum zu bekämpfen, daß aber noch in vielen Gegenden unseres Vaterlandes „Fangprämien“ für die Ergreifung von Bettlern ausgesetzt werden, dies ist in der That ein trauriges Zeichen des geringen Fortschritts, den wir in Bezug auf eine verständige Polizeiwirthschaft, auf eine verständige Rechtsanschauung gemacht haben.

So erhalten in Mecklenburg und auch in Lübeck die Polizisten und Gendarmen noch immer „Fangprämien“ für die Ergreifung von Bettlern. In Mecklenburg war bis vor Kurzem die Prämie für jeden einzelnen Fall auf eine Mark festgesetzt; der mecklenburgische Landtag hat die Prämie nunmehr von 1 Mark auf 50 Pf. reduzirt. Aber die Ergreifung von Bettlern ist in den letzten Jahren nicht geringer geworden trotz der Arbeiterkolonien.

Man kommt unwillkührlich dabei auf den Gedanken, daß die Polizisten der „Fangprämie“ halber manchen ehrlichen Handwerksburschen zum Bettler gemacht haben und wohl noch immer machen.

So ist noch vor Kurzem in Lübeck der Fall vorgekommen, daß ein Polizist dieserhalb zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist.

Die Polizisten in Lübeck, die ein Durchschnittsgehalt von 1200 Mark jährlich beziehen, erhalten nämlich 30 Pf. für die Ergreifung eines jeden Bettlers.

Der betreffende Polizist wollte einen anständig gekleideten Handwerksburschen durch Züchtigung und Anlegung von Handschellen zwingen, wahrheitswidrig zu gestehen, daß er gebettelt habe.

Der Polizist ist schon lange im Dienst und die Verhandlung ergab, daß sich derselbe es sich schon immer besonders angelegen hätte sein lassen, die „Fangprämien“ zu verdienen.

Welche Fülle von Grausamkeit und Demoralisation eröffnet sich da den Blicken eines vernünftigen, humanen Menschen!

Und wenn auch diese Art „Fangprämien“ in den meisten Gegenden Deutschlands abgeschafft ist, so ist doch eine andere Art wohl überall geblieben:

Die Tüchtigkeit eines Polizisten wird meist nach der Zahl der Fälle, die er zur Anzeige bringt, abgeschätzt. Je mehr Denunziationen, desto mehr Belobigungen, je mehr „Fänge“, desto größere Aussicht auf Avanzement!

Daß aber bei solchem System ähnliche Fälle vorkommen müssen, wie der oben erzählte Lübecker, ist bei unserer Menschennatur unzweifelhaft. Wäre diese Anerkennungssucht nicht vorhanden, dann würden die oberen Polizeibehörden und die Gerichte mit vielen Fällen verschont bleiben, die so unendlich unbedeutend sind, oder aber als unaufgeklärt zurückgewiesen werden müssen.

Aber die indirekte „Fangprämie“, das Lob, die Anerkennung, die Hoffnung auf Beförderung tritt hier in ihr „Recht“.

Und gar bei Ausnahmegesetzen, wo das Spionirsystem groß gezüchtet wird und sich die Vorfälle meist im Dunkel abspielen?! Was da zusammenfabulirt wird, um die indirekte Fangprämie zu verdienen!

Der Fall Mahlow-Ihring wird ja hoffentlich genügend aufgeklärt werden, um als leuchtendes Beispiel zu dienen, welche Wege die Polizisten nicht wandeln sollen.

Auch dieser Herr wollte seine „Fangprämie“ verdienen, und zahlreiche seiner Herren Kollegen handeln ebenso, oder versuchen es wenigstens. — — —

Welche Aufgabe aber hat die Polizei im Grunde genommen? Doch nicht blos „Fänge“ zu machen, nicht blos die Handwerksburschen nach dem Betteln abzufangen, nicht die Menschen nach den verübten Verbrechen zu sistiren, sondern das Betteln, das Stehlen, das Rauben in der Hauptsache zu verhüten!

Nicht die Polizei ist eine gute zu nennen, in deren Revier recht zahlreiche Verbrechen und Vergehen durch ihre Findigkeit zur Anzeige gelangen und geahndet werden, sondern diejenige Polizei ist die richtige, in deren Revier recht wenige Fälle vorkommen.

Wo die wenigsten „Fangprämien“, direkte oder indirekte, gezahlt würden, da sind die Polizisten und Gendarmen am bravesten, am wachsamsten. Wo viele „Fangprämien“ geleistet werden, da zeigt die Polizei, daß sie nachlässig ist bei Verhütung von Fehltritten. — — —

Und nun gar erst das widerwärtige Wort „Fangprämie“! Bei den Negerverfolgungen auf Jamaika und Kuba wurden Fanghunde gebraucht, die, mit großem Spürsinn ausgerüstet, die Sklaven ausfindig machten in Bergen, Schluchten und Sümpfen. Die Sklavenvögte hetzten diese Bestien auf die meist Wehrlosen — als „Fangprämie“ erhielten die Fanghunde eine gute Fütterung, die Sklavenvögte aber klingende Dollars!

„Fangprämie“ — möge dies Wort selbst baldigst aus dem deutschen Sprachlexikon ausgelöscht werden. Das Wort schon gereicht weder der Polizei, noch den deutschen Landen zum Ruhme.

Selbst die nationalliberale „Magdeb. Ztg.“, der wir die Mittheilung aus Lübeck entnommen haben, ist nicht einmal erbaut von den „Fangprämien“, sondern hofft, daß dieselben so bald als möglich abgeschafft würden.

Und wahrhaftig, eine solche Institution ist unwürdig des biedern deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes.

Politische Uebersicht.

Der Schluß der Reichstagssession soll, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, kurz vor Ostern erfolgen. Dagegen hört man aus sogenannten „unterrichteten“ Kreisen, daß die Aufgaben für den Reichstag mit dem Branntweinmonopol durchaus noch nicht abgeschlossen seien, daß vielmehr noch wichtige Ueberraschungen im Hintergrunde lauerten, mit denen der arme Reichstag demnächst noch überfallen werden würde. Welche Lesung die richtige ist, das werden heute nur sehr wenige wissen; bei den Parlamentariern wird wohl die Behauptung, daß baldiger Schluß eintrete, der Wunsch der Vater des Gedankens sein und umgekehrt wird man in Regierungskreisen die Behauptung, daß noch Ueberraschungen bevorständen, schon deshalb nähren, um den vielgeplagten Reichstag noch mürber zu machen.

Unter sich! Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Um auch in seiner Redeweise der sogenannten Kaplanpresse sich ebenbürtig zu zeigen, glaubt der „Reichsbote“ unsere Bemerkungen zu dem parlamentarischen Auftreten des Herrn v. Meyer in der Polendebatte und dessen Fruktifizirung seitens der freisinnigen Presse als „ein paar Fußtritte und eine Hand voll Grobheiten“ charakterisiren zu sollen. Die Feinheit dieser Auffassung steht auf gleicher Höhe mit der unmittelbar daran sich knüpfenden Anmaßung des Ausspruchs, daß Herr v. Meyer dem „Reichsboten“ ungeachtet seiner abweichenden Meinung nach wie vor als „ein konservativer Ehrenmann“ erscheine. Der „Reichsbote“ ist am Ende naiv genug, eine solche Bescheinigung auch noch für ein Kompliment zu halten. — Dieser

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart
von
25] Gustav Löffel.

Das Unglück fügte es nun so, daß die Baronin, auf der Rückreise begriffen, in jener Nacht wirklich in der Residenz gewesen und am nächsten Tage erst wieder weiter gereist war. Das Hotel, in welchem sie logirt hatte, wurde ermittelt und hier festgestellt, daß sie an jenem Abend und speziell zu der Attentatszeit nicht im Hotel gewesen.

Nun schritt man unverzüglich zu der Verhaftung der Unglücklichen. Sie wurde gefangen nach der Hauptstadt gebracht.

„Wo waren Sie an jenem Abend?“ fragte sie der Untersuchungsrichter Ortmann.

„In der Oper,“ lautete die stolze, kalte Antwort.

„Können Sie irgend einen Zeugen dafür aufbringen?“

„Nein. Ich war allein.“

„Und was veranlaßte Sie zu Ihrem vierundzwanzigstündigen Aufenthalt in der Hauptstadt?“

„Die Sorge um die Verschwundene hatte mich aus der Stille von Selchow vertrieben hinaus in die weite Welt. Ich konnte nach ihrem gänzlichen Schweigen nicht anders, ich mußte an ihrer Unschuld zweifeln. Das aber erweckte mir Höllenpein und nöthigte mich, Zerstreuungen zu suchen, Vergnügungen, denen ich mich längst entfremdet hatte. Ich hatte es während der ganzen Zeit meiner Abwesenheit absichtlich vermieden, eine Zeitung zur Hand zu nehmen. Hier aber erkundigte ich mich doch einmal nach dem Schicksal der Verschollenen, und nun hörte ich, was Ihnen von Erna's ferneren Schicksalen bereits bekannt geworden. Man sagte mir auch gleich, daß sie das Krankenhaus längst wieder verlassen habe. Das war mir natürlich eine große Freude und doch war ich nicht frei von Besorgniß. Konnte Erna meinem Schweigen nach dem Bekanntwerden ihres Aufenthaltes keine falsche Deutung gegeben und sich anderswohin gewendet haben als nach Selchow? Ich fand mich durch diesen — leider bewahrheiteten — Gedanken so beunruhigt, daß ich jene Zerstreuung suchte, um mich davon abzulenken. Ich wollte am nächsten Tage Erkundigungen über Erna's Verbleib einziehen und blieb zu dem Behufe in der Stadt. „Unbekannt wohin verzogen“ lautete die Auskunft. Nun blieb mir nur noch eine Hoffnung, daß Erna doch nach Selchow gegangen. Ich fand sie dort nicht, und meine Verhaftung traf mich weniger schwer, als jener Schlag. Nun ist sie mir gewiß verloren für immer; und wer weiß, ob sie sich nicht ein Leids angethan. Mußte sie sich doch von Allen verlassen wähnen und auch von mir, ihrer treuesten und besten Freundin.“

Dieses offene Bekenntniß der Baronin hob ihre Haft nicht auf. Man zweifelte an der Wahrheit ihrer Angaben auch bezüglich ihres früheren Aufenthalts, als hier die verschleierte Dame dann zum ersten Mal aufgetaucht sein sollte. Die Untersuchung zog sich infolge dessen sehr in die Länge.

Gontard lachte sich dazu in's Fäustchen. Was kümmerte ihn die Baronin! Winter sen. sagte aber: „Ich freue mich doch, daß Alles so gekommen. Der mir von Ihnen eingegebene Gedanke, daß Adler der Dieb gewesen, war mir äußerst peinlich.“

„Das hätte ich gesagt?“ rief Gontard entrüstet. „Wie können Sie es wagen, meinen harmlosen, wohlgemeinten Worten eine solche Deutung zu geben?“

„Wagen?“ erwiderte Winter mit kaltem Hohn. „Woher nehmen Sie den Muth, gegen mich, Ihren Vorgesetzten, Ihren Wohlthäter, solche Worte zu gebrauchen?“

„Meinen Wohlthäter!“ spottete Gontard und lachte. „So konnte wohl der Kommerzienrath mit einigem Rechte sich nennen, weil er mich zu dem gemacht hat, was ich bin.“ . . . .

„Und doch haben Sie ihn verrathen!“ warf Winter wüthend ein.

„Um diesen Dank zu ernten!“ entgegnete Gontard, nicht minder gereizt. „Sie machen mir wohl noch gar Vorwürfe, daß ich Sie vor einem großen Unglück, Ihr Haus vor einem schweren Schlage bewahrte. Denn, wenn diese Verbindung wirklich zu Stande gekommen wäre und der Bankrott brach über die Firma Eschenbach herein, wäre Ihre Stellung in der Geschäftswelt nicht minder erschüttert gewesen. Trotz aller Gegenversicherungen hätte man doch an starke Verluste Ihrerseits geglaubt und Ihnen den Kredit gekündigt.“

Das leuchtete selbst Winter sen. ein.

„Es sollte kein Vorwurf sein,“ sagte Winter sen. einlenkend. „Es ist wahr, Sie haben mir Dienste erwiesen, große Dienste, Herr Gontard; dennoch werde ich es niemals ruhig hinnehmen, wenn Sie — wie in der letzten Zeit schon öfter — einen Ton gegen mich anschlagen, der Ihrer Stellung durchaus unangemessen ist. Sie sagten allerdings nicht, daß Adler das Depositium des Engländers entwendet habe; aber ihre Worte konnten bei den übrigen Verdächtigungen dieses Herrn füglich in einem falschen Sinne gedeutet werden.“

Gontard zuckte die Achseln.

„Was kümmert mich Herr Adler,“ sagte er geringschätzend. „Er soll ja nicht mein Kompagnon werden, und über die Verdächtigungen Ihres Herrn Sohnes gegen mich kann ich nur lachen.“

„Verdächtigungen Bernhards gegen Sie?“ staunte Winter. „Wer hat Ihnen denn gesagt — —“ Er schwieg verwirrt.

Gontard triumphirte.

„Ich hatte damals eine Geschäftsfrage an Sie zu richten,“ sagte er, „und man bedeutete mir, wo Sie zu finden seien — in Ihrem Kabinet. Ich hatte Sie ja dort nicht zum ersten Male aufgesucht und begab mich dahin auch jetzt. Ich zögerte einen Augenblick einzutreten, die Sache war der Störung nicht werth, und da hörte ich denn meinen Namen nennen.“

— — — — — — — — — — — — — — —

„Mit einem Wort,“ fiel Winter ein, „Sie haben gelauscht!“

„Um so mehr Wunder über meine Eselsgeduld,“ lachte Gontard, „daß ich mich dafür nicht rächte. Eine perfide Verleumdung als Dank von dem Mann, den ich dem Ge-

Absagebrief des offiziösen Blattes, an die Adresse des Herrn Stöcker gerichtet, ist doch wohl recht deutlich.

„Aufhängen kann man die Reichstagsmajorität nicht“, so bedauert die „internationale Revue über die gesammten Armeen und Flotten“. Daselbst heißt es in einer Betrachtung über die Polendebatte: „Eine solche Opposition, wenn sie zur dauernden Majorität werden sollte, bekommt einen landesverrätherischen Charakter, ebenso wie die Majorität in der Konfliktszeit von 62—66 ihn hatte und ist viel gefährlicher als die Leute, die mit Dynamit arbeiten, denn diese kann man „aufhängen“, aber die Reichstagsmajorität nicht. Das ist der Ernst der Situation.“ — Uns kommt die Phrase der „Revue“ ungemein lustig vor und wahrscheinlich auch der Reichstagsmajorität selbst.

Von dem Vertreter der „entschieden sozialen“ Richtung in der norddeutschen Demokratie, Herrn F. Gilles zu Elberfeld, erhalten wir ein Schreiben, dem wir folgendes entnehmen: „In Nr. 48 des „Berliner Volksblatt“ stellen Sie die Frage an mich, wie viele Anhänger jede der drei Richtungen in der demokratischen Partei Norddeutschlands habe. Ich bin gern bereit, diese Frage zu beantworten. Die demokratische Partei zählt in 11 Vereinen etwa 900 bis 1000 eingeschriebene Mitglieder, davon etwa dreifünftel in Rheinland-Westfalen. Wie viel Wähler hinter diesen demokratischen Vereinsmitgliedern stehen, weiß ich nicht; bei den letzten Reichstagswahlen gab's ja noch keine demokratische Partei in Norddeutschland. Was nun die drei Richtungen in dieser Partei anbetrifft, so zählt die „entschieden konstitutionelle“ die wenigsten Mitglieder, die „entschieden soziale“ aber zweifellos die meisten; die „politisch radikale“ Richtung befindet sich meiner Meinung nach noch in einem Uebergangsstadium und wird über kurz oder lang ebenfalls eine soziale Färbung erhalten. Hiernach glaube ich behaupten zu dürfen, daß der Schwerpunkt der jungen norddeutschen Demokratie entschieden bei der am weitesten links stehenden sozialen Richtung derselben zu finden ist. Diese Thatsache sollte die Organe der Arbeiterpartei der jungen benachbarten Richtung gegenüber doch wohl zu einer freundlicheren Haltung veranlassen.“ — Wir wollen hierzu nur bemerken, daß wir der norddeutschen Demokratie im Allgemeinen sympathisch gegenüber stehen, daß wir sie aber überall da bekämpfen werden, wo dieselbe, wie z. B. in Hamburg, den Versuch wagt, ihre Reihen auf Kosten der Arbeiterpartei verstärken zu wollen. Zwischen einer „entschieden sozialen Demokratie“ und der „Sozialdemokratie“ aber dürfte doch wohl kaum ein Unterschied sein; weshalb denn schon der besseren Bezeichnung halber der Name Sozialdemokratie vorzuziehen ist. Oder ist ein Unterschied vorhanden, welcher denn? Nach der Bezeichnung „junge benachbarte Richtung“ wäre allerdings ein Unterschied da. Benachbarte Richtungen giebt es für die Sozialdemokratie in einzelnen Fragen sowohl rechts, als links. In der Frage des Verbots der Sonntags- und Kinderarbeit sind die Konservativen und Klerikalen die benachbarte Richtung, in Bezug auf die Frage der direkten und indirekten Steuern darf sich die Fortschrittspartei schmeicheln, Nachbarin der Sozialdemokratie zu sein. In Bezug auf politische Freiheiten begrüßt die Sozialdemokratie die Demokraten selbstverständlich als Nachbarn, nur dürfen dieselben ihr nicht ins Gehege kommen.

Ein Rüpel. In der „Straßburger Volkszeitung“ befindet sich folgende Notiz: „In der Fabrik Vaucher in Mülhausen verlangte letzter Tage ein Arbeiter, der von seinem Meister wegen unordentlicher Arbeit getadelt worden war, vom Direktor der Fabrik sofortige Bezahlung und Entlassung und stürzte sich, als der Direktor ihm bedeutete, daß dies nicht sofort, sondern erst nach vierzehntägiger Kündigungsfrist geschehen könne, mit seinem Messer auf den Vorgesetzten, nicht ohne ihn gefährlich zu verwunden. Solche Kanaillen von Arbeitern werden in unserer hyperphilanthropisch angehauchten Zeit noch künstlich herangehätschelt, obwohl der Strick um den Hals ihnen besser stände. Die Arbeiter haben ganz vergessen, daß Arbeit ihnen Niemand auf der Welt schuldig. Konsequenz?“ — Ja, die Konsequenz dieser Notiz ist, daß der Schreiber derselben den Namen, den wir an die Spitze gestellt haben, vollinhaltlich verdient. Wollten wir in den widerwärtigen Ton der „Straßburger Volkszeitung“ verfallen, so könnte man in der That behaupten, daß der Herr Verfasser obigen Geschimpfes gar nicht einmal den Strick um den Hals werth sei. — Fern sei es von uns, die Handlungsweise des wahrscheinlich betrunken gewesenen Arbeiters irgendwie beschönigen oder gar vertheidigen zu wollen, aber dabei von „Kanaillen von Arbeitern“ in der Mehrzahl zu sprechen, „denen der Strick um den Hals besser stände“, zeugt von einer Rüpelhaftigkeit eines sogenannten Gebildeten, die in halbwegs anständiger Gesellschaft nimmermehr geduldet werden kann. Daß die Redaktion der „Straßburger Volkszeitung“ aber derartige Notizen aufnimmt, dürfte das Blatt in den Volkskreisen zur Genüge kennzeichnen. Wir können dasselbe lediglich rohen Burschen zum Lesen empfehlen.

Wir hatten vorstehende Notiz eben geschrieben, als uns die „Frankfurter Zeitung“ zur Hand kam, welche den Vorfall folgender Maßen berichtet: „Mülhausen, 1. März. Der Vorfall in der Fabrik Vaucher, wo bekanntlich ein Fabrikdirektor von einem Arbeiter einen Messerstich erhielt, ist noch heute Gegenstand des allgemeinen Interesses. Der verletzte Direktor, dessen Wunden, beiläufig gesagt, durchaus nicht gefährlich sein sollen, ist eine bei den Arbeitern nicht beliebte Persönlichkeit; natürlich wird aber der verbrecherische Anfall auf den Direktor von den Arbeitern mißbilligt. Dieselben haben dieser Tage sich an den Eigenthümer der Fabrik gewandt und über die Härte des Direktors beklagt, zugleich dessen Entfernung fordernd. Dieses Verlangen ward ihnen zwar nicht zugestanden, allein der Eigenthümer machte ihnen bekannt, daß der Direktor sich feierlich verpflichtet habe, fortan humaner auftreten zu wollen. Im Falle der Nichteinhaltung dieses Versprechens hat der Fabrikeigenthümer entsprechende Schritte gegen den Direktor in Aussicht gestellt. — Was den Angriff auf den letzteren anlangt, so erfährt man jetzt, daß der Arbeiter durch eine Ohrfeige gereizt worden sei. Von den dem Direktor zu Hilfe eilenden Arbeitern ist der Angreifer übrigens so schwer verletzt worden, daß er hoffnungslos im Hospital darniederliegt.“ — So! Also die „Kanaille von einem Arbeiter“, der „ein Strick um den Hals besser stände“, ist von einem unbeliebten hartherzigen Direktor durch eine Ohrfeige erst gereizt worden und hat darauf hin den Direktor — jedenfalls einen viel stärkeren Mann — mit dem Messer bedroht und leicht verwundet, worauf er leider von den dem Direktor zu Hilfe eilenden Arbeitern tödtlich verletzt worden ist. Und dann kommt noch dazu ein Flegel in der „Straßburger Volkszeitung“, der mit „Kanaillen von Arbeitern“ um sich wirft und den Strick für dieselben anpreist. Pfui Teufel!

Oesterreich-Ungarn.

Das neue Landsturmgesetz wird, wie die „Weser-Ztg.“ schreibt, sowohl in den Parteien Oesterreichs, wie im Volke äußerst lebhaft besprochen. Die Lücken im Motivenberichte sind für Jedermann klar, andererseits leugnet man die traurige Nothwendigkeit nicht, die Wehrkraft Oesterreichs zu erhöhen, so weit es die schlechte Finanzlage nur gestattet. Unbedingte Opposition werden die Deutschen nicht machen; die Gerüchte, die hierüber von Wien aus in einem gewissen Theil der deutschen Presse verbreitet werden, sind erfunden. Es ist Pflicht der deutschen Opposition, als der einzigen Trägerin des Staatsgedankens in Oesterreich, sorgsam darüber zu wachen, daß dem Staate nicht Lasten auferlegt werden, die er nicht ertragen kann, und sich dessen zu versichern, daß der Landsturm eine österreichische Einrichtung bleibe und nicht eine gefährliche polnische oder czechische Landmiliz werde. Die Betrachtungen, die hierüber von uns angestellt wurden, sind nämlich rasch zur Wahrheit geworden. Polen und Czechen verlangen bereits für ihre Unterstützung des neuen Gesetzes eine Art nationaler Miliz von der Regierung. Die czechische Presse gaukelt ja ihren Lesern bereits vor, wie herrlich eine „altslavische Uniform“ den künftigen Landesvertheidigern „passen“ werde. Vielleicht soll der hussitische Morgenstern seine Auferstehung feiern? Das Gebahren der Polen und Czechen gerade in dieser Frage — müßte der Regierung die Größe der Gefahr klarlegen, mit welcher man bisher spielen zu dürfen glaubte.

Frankreich.

Auf die Prinzen von Orleans ist die „Kölnische Zeitung“ recht schlecht zu sprechen. Das Blatt erklärt diese Prinzen als die Träger der Revanche Idee und sagt dann: „Die Prinzen müssen sich nur nicht der Täuschung hingeben, daß die Liebe Deutschlands zum Frieden und unsere Neigung, denselben zu erhalten, uns abhalten würde, den orleanistischen Handschuh, mit dem wir bedroht werden, an jedem Tage aufzunehmen, an welchem die Prinzen in der Lage sein werden, ihn hinzuwerfen. Die Möglichkeit, den Frieden zwischen den beiden benachbarten Nationen zu erhalten, ist schon heute für den Fall einer orleanistischen Thronbesteigung sehr viel geringer geworden als für jede andere Regierungsform in Frankreich.“ — Sonach wäre wenigstens in Frankreich die Republik doch besser, als ein Königthum. Arme „Kölnerin“, wie wirst Du jetzt angepackt werden im eigenen Lager, Du verschämte Republikanerin! — Die Gesellschaft der Kohlenwerke zu Decazeville wollte folgendes Plakat an die Mauern schlagen lassen, doch wurde dasselbe vorher polizeilich inhibirt: „Die Arbeiter, welche die Arbeitsplätze verlassen haben, seitdem die Anschläge, betreffend die Verschalungen, bekannt gemacht werden, werden hiermit benachrichtigt, daß sie sich als entlassen anzusehen haben. Ihre Wiederaufnahme wird vorkommenden Falles nur von dem Verwaltungsrathe und auf ein Gesuch, welches Jeder einzeln einzureichen hätte, beschlossen werden. Der Präsident: Léon Say.“ — Die Erbitterung unter den Arbeitern ist am Wachsen; man befürchtet erneute Unruhen.

Großbritannien.

Nunmehr ist man in London allseitig überzeugt, da weder Sozialisten noch Arbeiter die Ausschreitungen in der Hauptstadt und auch in Manchester verursacht haben. Dies erklärt auch in einem Schreiben der Premierminister Gladstone. Am letzten Februar fand in Manchester, Vormittags, eine Massenversammlung von 10 000 Personen statt, welche ruhig verlief. Des Nachmittags aber sammelte sich allerlei Gesindel, welches anfing, Fenster einzuwerfen. Dasselbe wurde aber bald schon von der Polizei zerstreut.

Serbien.

Der serbisch-bulgarische Friede ist eine vollzogene Thatsache. Der serbische Delegirte für die Friedensverhandlungen, Mijatowic, erhielt ein Telegramm des Ministers Garaschanin, in welchem derselbe mittheilt, daß die serbische Regierung den neuen von der Türkei vorgeschlagenen Artikel annehme. Madsid Pascha und Geschoff erhielten entsprechende Mittheilungen ihrer Regierungen. Man erwartet, daß der Friedensvertrag nunmehr schleunigst fertiggestellt wird. In Ergänzung des Obigen wird aus Paris depeschirt, daß im Ministerrathe Freycinet bestätigte, das Einvernehmen zwischen Serbien und Bulgarien sei hergestellt.

Parlamentarisches.

— Die Kommission des Reichstages zur Vorberathung des Gesetzentwurfes über die Unfallversicherung land- und forstwirthschaftlicher Arbeiter begann ihre Sitzung am Dienstag mit der Diskussion des § 97, welcher von den Landesversicherungs-Aemtern als Aufsichtsbehörde der Berufsgenossenschaften handelt. Von konservativer Seite war beantragt, einige Paragraphen einzuschalten, deren erster lautet: „Gegen die von den Landesversicherungsämtern in den Fällen der §§ 67 und 68 erlassene Entscheidungen kann das Rechtsmittel der Revision binnen einer Frist von vier Wochen nach Zustellung der Entscheidung bei dem Reichsversicherungsamt eingelegt werden.“ Die sich hieran knüpfende Diskussion wurde besonders durch die Stellungnahme der verschiedenen Vertreter der verbündeten Regierungen interessant. Der bayrische Vertreter erklärte, daß seine Regierung sich der Annahme des Antrages entschieden widersetzen und bei dessen Annahme sogar auf die Errichtung eines Landesversicherungsamtes verzichten werde. Weniger entschieden sprach sich der württembergische Vertreter aus; er hatte an sich gegen eine Zentralinstanz nicht viel einzuwenden. Herr v. Boetticher äußerte sich am sympathischsten für den Antrag, während von anderer Seite der Gedanke angeregt wurde, an Stelle des Reichsversicherungsamts das Reichsgericht zu setzen, was der Präsident des Reichsversicherungsamts mit Energie bekämpfte. Freisinnigerseits sprach man sich für den Grundgedanken der konservativen Anträge aus. § 97 wurde mit unbedeutender redaktioneller Abänderung und der konservative Antrag mit der Maßgabe angenommen, daß an Stelle des Reichsversicherungsamts das Reichsgericht als Revisionsinstanz einzusetzen sei. Ueber den letzten Theil des konservativen Antrages, der von prinzipieller Tragweite auch für das industrielle Unfallversicherungsgesetz ist, wurde besonders abgestimmt. Diese Bestimmung lautet: „Die Bestimmungen der §§ 97a. bis 97f. finden auch auf die Entscheidungen Anwendung, welche die Landesversicherungsämter auf Grund der §§ 62 und 63 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 erlassen haben. Ingleichen entscheidet das Reichsversicherungsamt in den Fällen der §§ 62 und 63 ei., soweit eine der Aufsicht des Reichsversicherungsamts unterstellte Berufsgenossenschaft mit betheiligt ist.“ Diese Bestimmung ist prinzipiell als ein Fortschritt gegen die in das industrielle Versicherungsgesetz durch Einführung der Landes-Aemter hineingekommene Rechtsunsicherheit und Rechtsverschiedenheit zu betrachten, obwohl der gewählte Weg, das industrielle Versicherungsgesetz in seinen Einzelheiten durch das landwirthschaftliche abzuändern, nicht gerade als ein Muster gesetzgeberischer Form gelten kann. Charakteristisch für die Abstimmung ist die Thatsache, daß die Konservativen, obwohl sie sich dem ihren Führer gegen das Reichsgericht und für das Reichsversicherungsamt in Vertheidigung ihres Antrages ausgesprochen hatten, dennoch aus Rücksicht auf das Zentrum für ersteres — entgegen also ihrem eigenen Antrag — stimmten, obwohl sie für denselben der Majorität sicher waren. Die Berathung über die zweite Abtheilung des Gesetzes, die „Krankenversicherung“, wird von einem Vertreter der wenigen Kreise eingeleitet, welche von der Möglichkeit, das Krankenkassengesetz auf die landwirthschaftlichen Arbeiter auszudehnen, Gebrauch gemacht haben. Durch den ersten Paragraphen dieser Abtheilung, § 120, wird die Einführung der Krankenversicherungspflicht für land- und forstwirthschaftliche Arbeiter den Landesgesetzgebungen nach Maßgabe der in den folgenden §§ 120—133 enthaltenen Abänderungen des alten Krankenkassengesetzes anheimgestellt, während von freisinniger Seite der nach längerer Debatte abgelehnte Antrag gestellt wird, die Einführung des modifizirten Krankenkassengesetzes durch Reichsgesetz obligatorisch zu machen. Auf einen von konservativer Seite gestellten Antrag wird der § 126a eingeschaltet: „Die Bestimmung des § 20 Abs. 2 (Minimalleistung für Wöchnerinnen, soweit dieselben der Krankenversicherung unterliegen), findet nur auf unverheirathete Wöchnerinnen oder solche Wittwen Anwendung, welche innerhalb des tempus legitimum nach dem Tode des Ehemanns entbunden werden.“ § 133 will statutarische Bestimmungen zulassen, nach denen für die Arbeiter Fürsorge getroffen werden kann, welche bald hier bald da arbeiten. Alle Vertheidiger des

---

fängniß entrissen, ... es war gerade genug, um mich zu einer passenden Gegenleistung herauszufordern.“

„Meinen Sie?“ höhnte Winter. „Nun, vielleicht waren Ihnen, da Sie die Beweise außer Händen gegeben, die Arme gebunden und vielleicht traten Sie seitdem auch nur deshalb so gegen mich auf, weil Sie sich erkannt sahen und wußten, wie aussichtslos Ihre hochfliegenden Pläne waren. Die Trauben hängen zu hoch und nur deshalb finden Sie sie sauer.“

Gontard zog einen Brief hervor, den er emporhielt.

„Hier —“, sagte er, „hier habe ich es schwarz auf weiß, was noch heute Ihren Herrn Sohn aus der weiten Welt, in die er gegangen, zurückbringen kann. Ich ahnte diese Stunde und behielt deshalb den kompromittirendsten der Ihnen übergebenen Briefe zurück. Waren mir wirklich die Arme gebunden? Nein, ich habe noch heut dieselbe Aktionsfreiheit wie damals, im Gegentheil, dieser einzige Brief wird Ihnen heute viel gefährlicher, als damals all' die anderen. Sie wissen wohl, welchen Sturm der Entrüstung das neue Attentat gegen die unbekannten Urheber desselben entfesselt hat, das heißt gegen diejenigen, welche den armen Kommerzienrath in den Tod getrieben. Ich schicke diesen Brief anonym an die Polizei ein, speziell an die Adresse des so stark angegriffenen Kommissärs Romberg, der schon einmal bei Ihnen nach einer solchen Verbindung forschte; und die Folgen können Sie sich denken.“

Winter senior war bei diesen Worten Gontards zur Bildsäule erstarrt. Er blickte furchtsam und zweifelnd auf das verhängnißvolle Schriftstück.

„Sie glauben nicht an seine Echtheit?“ sagte Gontard mit feinem Lächeln. Er entfaltete den Brief. „Sind das Ihres Sohnes Schriftzüge oder nicht?“ fragte er.

„Sie sind es,“ entgegnete der Andere dumpf. „Und wie viele solcher Briefe haben Sie noch in Ihrem Besitz?“

„Nur diesen einzigen noch; er ist von Sechsen der letzte.“

Es sah so aus, als wenn Winter sen. sich am liebsten auf Gontard gestürzt und ihm den Brief mit Gewalt entrissen hätte; aber er bezwang sich.

„Ich sehe, wir müssen hier zu einer endgiltigen Verständigung und möglichst friedlichen Beilegung unseres Streites kommen,“ sagte er. „Ich hatte Ihnen eine leitende Stellung in Rio de Janeiro zugedacht; aber ich möchte Sie nun selbst bitten, daran nicht weiter zu denken. Zwei so harte Steine wie wir, mahlen nicht gut zusammen, vielleicht ist Ihnen auch besser und dauernder damit gedient, wenn ich Ihnen die Mittel zur Selbstständigkeit gewähre. Sie sind ja als Kaufmann sehr tüchtig und werden auch mit kleinen Mitteln Großes erreichen. Sind Sie zu einer Verständigung unter diesen Bedingungen bereit?“

„Ich bin zu jeder Verständigung bereit, die auf die Lösung unseres Vertrages abzielt,“ sagte Gontard kühl. „Beweisen Sie mir den Dank, von dem Sie sprechen, und dann werden Sie mich zu jeder Gegenleistung bereit finden. Nach Brasilien zu gehen, verspüre ich selbst auch nicht die mindeste Lust.“ — — — — — — — — — — — —

Als Gontard an diesem Tage das Winter'sche Haus verließ, war es für immer. Er war mit dem für Bernhards letzten Brief gezahlten Preis weitaus zufriedener, als mit der „sicheren Stellung“, welche er für Auslieferung aller früheren erhalten hatte.

Aber auch Winter sen. war mit dem Ergebniß ihrer Verhandlungen sehr zufrieden.

„Fünfzehntausend Mark,“ sagte er. „Was verschlägt mir das? Und ich bin den sauberen Patron wieder los, vor dem mein braver Bernhard mich warnte. Ich übergebe hiermit den letzten Brief den Flammen und damit die Erinnerung Alles dessen, was zwischen ihm und Herrn Eschenbach je gewesen.“

Er begab sich zu seiner Familie. Mutter und Tochter waren allein.

„Nun, Mama,“ sagte er mit seltener Liebenswürdigkeit und seiner Frau die Wange klopfend, „Dein Protegé nicht hier?“

Mutter und Tochter wechselten einen erstaunten Blick, den Winter aber nicht sah, da er nach einem Seitentische ging, um dort eine Zeitung aufzunehmen.

„Mein Protegé?“ fragte die erstere spitz, denn sie hielt seine Frage für eine Ironie auf Adler's Anhänglichkeit. „Eher möchte ich Dich fragen, wie es nur möglich gewesen, daß Du Dich heute so früh von Deinem Schützling trennen konntest?“

„O, Herr Gontard ist schon fortgegangen,“ warf Hedwig ein. „Ich habe ihn selbst über den Damm gehen sehen,“ und dabei lächelte er ebenso vor sich hin, wie jetzt Papa.

„Das soll wohl sein,“ bestätigte Winter, indem er sich vergnügt die Hände rieb. „Herr Gontard kann mit dem Wechsel ganz zufrieden sein, wie ich selbst es bin.“

„Mit dem Wechsel?“ staunte seine Gattin. „Hast Du ihm vielleicht noch eine höhere Vertrauensstellung bei Dir eingeräumt?“

Er lächelte selbstzufrieden. „Ich habe ihm nur das Jedem zustehende Recht eingeräumt, zu gehen und nicht wieder zu kommen,“ sagte er. „Er hat davon Gebrauch gemacht, und das ist Alles!“

„Gontard fort!“ riefen Gattin und Tochter aus einem Athem.

Winter senior nickte.

„Fort — abgethan,“ sagte er, „für immer. Ich habe den erbärmlichen Menschen jetzt von Grund auf kennen gelernt, und Eure längst bestandene Abneigung gegen denselben macht mir Euer Urtheil auch in anderen Dingen annehmbar, nämlich in Betreff Eurer gemeinschaftlichen Zuneigung für Herrn Adler. Er ist am Ende doch nicht so schlecht wie sein Ruf und noch ein ganz annehmbarer Schwiegersohn. Aber wo ist er? Man sieht ihn überhaupt hier nicht mehr so oft wie sonst. Oder sollten seine Aufmerksamkeiten so leicht gewesen sein, wie sie gegeben waren?“

„Das nicht,“ entgegnete Hedwig mit gewohnter Ruhe. „Er müßte eben blind und taub gewesen sein, wenn er nicht bemerkt haben sollte, mit welcher Mißgunst Du auf seine Bewerbungen blickest. Du hast mir ja übrigens, was Du ganz zu vergessen scheinst, auf das Allerbestimmteste erklärt, daß Du in eine Verbindung mit ihm niemals willigen würdest. Was blieb mir da weiter, als mich zu fügen. Ich habe ihm dann auch keine Ermunterung mehr gegeben.“

(Fortsetzung folgt.)

Paragraphen lieferten eine mehr oder weniger scharf: Kritik der seiner Zeit von den Freisinnigen bekämpften Bestimmungen des Krankenkassengesetzes. Der Paragraph wird mit einem Amendement angenommen, welches dazu bestimmt ist, den etwaigen Versuch einzelner Gemeinden zu verhindern, sich der Armenlast durch die ertheilte Ermächtigung zum Erlaß statutarischer Bestimmungen zu entziehen. Im Uebrigen wird der ganze Abschnitt angenommen.

Lokales.

In zwei von dem Berliner Massagearzte Dr. Jabludowski, Assistenten des Geheimraths v. Bergmann, veröffentlichten Monographien unter dem Titel „Die Bedeutung der Massage für die Chirurgie und ihre physiologischen Grundlagen" spricht sich der Verfasser über die durch die Musik, namentlich das Klavier, hervorgerufenen Modekrankheiten in in folgender Weise aus: „Wähend wir Aerzte es bei den Violinisten und Dilettanten zu thun hatten, waren die Pianistinnen vorwiegend Fachmusikerinnen. Die Patientinnen kamen in unsere Behandlung, nachdem sie mehr oder weniger lange Zeit (1—4 Monate) das Spielen ganz hatten aufgeben müssen. Wir hatten es mit der sogenannten paralytischen Form zu thun. Es handelte sich bei jedem Versuche zu spielen um eine zunehmende schmerzhafte Ermüdung in Hand und Vorderarm, in einigen Fällen bis zur Schulter und bis zum Rücken hinauf; bei den einen einseitig, bei den anderen zweiseitig. Zweimal konnte der Schmerz als vom vierten Finger der linken Hand ausgehend bezeichnet werden. Diese Patientinnen waren talentvolle und fleißige junge Mädchen. Um den an sie gestellten Forderungen nachkommen zu können, waren sie genöthigt, sechs bis acht Stunden täglich zu spielen. Die Krankheit wirkte auf sie sehr deprimirend. Da sie zur Massagebehandlung erst dann kamen, als sie schon mehr oder weniger lange Zeit nicht gespielt hatten, gestattete ich ihnen, mit dem Beginn der Kur täglich eine Viertelstunde zu spielen. Alle drei Tage dehnten wir diese Zeit um fünf Minuten aus, wobei aber nach jeder Viertelstunde eine fünf Minuten lange Pause gemacht wurde. Zugleich mußten sich die Patientinnen auf wenig Fingerübungen beschränken und mit dem Spielen der älteren klassischen Autoren (Haydn, Mozart, Beethoven) begnügen. Die neueren (Chopin, Liszt, Rubinstein), bei deren Spielen sie sich das Leiden zugezogen hatten, durften sie während der Behandlungsdauer nur selten vornehmen. Bei den Dilettanten erzielten wir nach ca. sechswöchiger Behandlung Heilung; Rückfälle treten nicht ein. Die Fach-Pianistinnen aber, trotzdem sie in einigen Wochen die Möglichkeit, einige Stunden lang schmerzfrei zu spielen, erlangt hatten, bekamen kurze Zeit nach ihrer Entlassung aus der Kur, sobald sie die Unterrichtsstunden wieder aufnahmen und die Spieldauer auf vier Stunden und darüber ausdehnten, Rückfälle. Nach mehrmonatlichem Laboriren sahen sie sich genöthigt, die Musikschule zu verlassen."

Franzosen aus Rußland. Am Dienstag Morgen trafen auf dem Bahnhofe Friedrichstraße gegen zwanzig französische Arbeiter mit ihren Familien ein, die sich, aus Moskau kommend, bis zu ihrer Weiterreise nach Paris mit dem Kouriizug 9 Uhr 30 Minuten Abends, hier aufhielten. Dieselben waren vor etwa zwei Jahren von einem russischen Unternehmer nach Moskau für eine dortige Telegraphenfabrik engagirt worden. Ihr Kontrakt war nun zu Ende und sie zogen es vor, denselben nicht mehr zu erneuern, da ihnen das russische Klima und die russische Lebensweise nicht behagten. Sie reisten sämmtlich 2. Klasse, wofür ihr Moskauer Fabrikherr, ebenso wie seiner Zeit für ihre Hinreise, die Kosten zu tragen hatte. Obgleich die Leute ihrem Aeußern nach für Russen gelten konnten, denn sie trugen Bärenmützen und Kremposstiefel, so guckte doch in jeder Weise der leichtlebige Franzose aus ihnen heraus. Nachdem sie sich genügend gestärkt hatten, nahmen sie in der Zeit, die ihnen noch bis zur Weiterreise blieb, Berlin in Augenschein. Einem von ihnen war Berlin nicht mehr ganz unbekannt, da er im Jahre 1870 als Kriegsgefangener hier gewesen. Sie waren von Allem, was sie sahen, sehr entzückt und lobten unsere Stadt über alle Maßen.

Aus einem Steuer-Prozesse, der von der Zweigniederlassung eines sächsischen Bank-Instituts gegen den hiesigen Magistrat geführt wurde, sind sehr interessante Einblicke in die geschäftlichen Verhältnisse und auch in den Besteuerungsmodus bei der Kommunalsteuer solcher Institute bekannt geworden. Die Einschätzungsbehörde hatte erfahren, daß die hiesige Zweigniederlassung des betr. Bank-Instituts in den letzten Jahren recht gute Geschäfte gemacht habe und veranlagte dieselbe zu einer jährlichen Steuer von 148,600 M. Auf die erfolglose Reklamation des Instituts kam die Sache im Verwaltungsstreitverfahren zum Austrag. Das klagende Institut hatte sich zu einem Steuersatz von 34 200 M. jährlich erboten, wurde aber zu einer Steuer von 55 800 M. für das laufende Steuerjahr verurtheilt, der Magistrat mit der Mehrforderung abgewiesen. Nach dem unter den Parteien nicht streitigen, also jedenfalls auf Grund der Geschäftsbücher festgestellten Sachverhalt, hatte das klagende Institut anfangs mit einem Grundkapital von 10 Millionen Mark gearbeitet und damit einen Reingewinn von 9,65 pCt. erzielt; im Jahre 1883 war das Geschäftskapital auf 14 Millionen erhöht und damit ein Reingewinn von 8,37 pCt. erzielt worden, während im Jahre 1884 eine abermalige Erhöhung des Grundkapitals auf 22 Millionen stattfand, das einen Reingewinn von 7,37 pCt. abwarf. Während nun der Magistrat den Steuersatz nach dem höchsten Reingewinne des letzten Jahres berechnet hatte, mußte nach den Vorschriften des Steuer-Regulativs der Durchschnittsertrag der letzten drei Jahre als steuerpflichtiges Einkommen berechnet werden, was die oben erwähnte Ermäßigung des Steuersatzes zur Folge hatte. — Den großen Nutzen, den solche Bank-Institute für den gesammten Verkehr haben, darf man gar nicht verkennen; aber wenn man bedenkt, daß hier eine solche Zweigniederlassung im Zeitraum von etwa drei Jahren 3¾ Millionen Mark in Berlin verdient und an das Hauptinstitut nach Sachsen abgeführt hat, so kann man sicher den Wunsch nicht unterdrücken, daß solche Institute etwas schärfer zu den Kommunal-Abgaben herangezogen würden.

Ein entsetzlicher Vorfall, der sich am Montag Mittag in der Nähe des Rangirbahnhofes der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn ereignete, verursachte sowohl unter den Bahnbeamten wie unter den Bewohnern Rummelsburgs ungemeine Aufregung. Als der Personenzug Nr. 2873 den Rangirbahnhof passirte, sprang plötzlich, ehe dies verhindert werden konnte, ein Knabe vor den Zug und ließ sich überfahren. In der Leiche wurde die des 11 Jahre alten Sohnes eines auf dem Bahnhof beschäftigten Putzers R. erkannt. Der Junge hatte aus Furcht vor Strafe wegen eines geringfügigen Vergehens sich das Leben genommen. Der in der Nähe befindliche unglückliche Vater nahm die Leiche auf die Schultern und trug dieselbe in seine Wohnung. — So berichten verschiedene hiesige Zeitungen. Uns wird dieser überaus betrübende Vorfall in folgender Weise dargestellt: Der 11jährige Sohn des auf dem Rangirbahnhof beschäftigten und Prinz Albertstraße wohnenden Arbeiters Röhrborn hatte sich am Sonntag, den 28. Februar, auf der dortigen Eisbahn 65 Pf. verdient. Erfreut darüber, begab er sich in das in derselben Straße belegene, dem Kolonialwaarenhändler Graffert gehörige Geschäft, um sich für 10 Pf. ausländische Briefmarken zu kaufen. Bei dieser Gelegenheit will Frau Graffert bemerkt haben, daß der Knabe einige Briefmarken heimlich wegnahm. Frau Gr. ging am Montag zu dem Lehrer Schulz, in dessen Klasse sich der Knabe befand und bat um die Bestrafung des Kindes. Der Lehrer, welcher dem Knaben ein Geständniß nicht entlocken konnte, legte ihn über und applizirte ihm nach Angabe der übrigen Kinder zwanzig Schläge mit dem Stock, so daß dieser zerbrach. Der Lehrer ließ nun einen anderen dickeren Stock aus seiner Wohnung bringen, wobei er gegen den Knaben die Drohung ausstieß, daß, falls er Nachmittags nicht gestehen würde, die Strafe wiederholt und er auch noch eingesperrt werden würde. Da der Knabe auf dem Nachhausewege auch noch die Sticheleien seiner Mitschüler anhören mußte, so muß wohl sein Ehrgefühl empfindlich verletzt worden sein. Er kam nach Hause, legte seine Bücher fort und wollte sich gerade wieder entfernen, als ihm seine Mutter den Auftrag gab, vom Schlächter etwas zu holen. Nach kurzer Zeit wurde den ahnungslosen Eltern die Schreckensbotschaft, daß ihr Kind von einem Eisenbahnzug überfahren worden sei. Der Knabe ist von Personen gesehen worden, wie er am Brückenpfeiler bei der Station Kietz-Rummelsburg gestanden hat. Jedenfalls ist er, als langsam ein Zug auf der Verbindungsbahn einfuhr, den Damm hinaufgekrochen und hat sich vor die Räder des letzten Wagens geworfen, wobei ihm der Brustkasten und ein Arm überfahren wurde. Der unglückliche Vater schaffte am Abend den Leichnam seines Kindes nach seiner Wohnung. — Soweit der uns zugegangene Bericht. In höchstem Grade muß es befremdend erscheinen, daß die Kaufmannsfrau den Knaben nicht sofort zur Rede stellte, als sie sah, daß er sich widerrechtlich Briefmarken aneignete. Sie hätte ihm dieselben dann einfach wieder abnehmen und dann veranlassen können, daß der Knabe in entsprechender Weise bestraft wurde. Wenigstens hätte es sich dann feststellen lassen, ob der Knabe wirklich einen Diebstahl begangen hatte. — Außerdem aber ist die Methode des Herrn Lehrers Schulz, ein Geständniß zu erzwingen, geradezu barbarisch. Wenn der Knabe, — was uns nach der obigen Darstellung durchaus wahrscheinlich zu sein scheint — die Briefmarken überhaupt nicht genommen hat, so kann er sich doch auch eines Diebstahls nicht schuldig bekennen, oder ist es vielleicht eine neue Anschauung der Pädagogik, daß man durch Stockhiebe und Drohungen leichter ein Geständniß herbeiführen kann als durch eine sachliche Untersuchung des Thatbestandes? Jedenfalls ist der ganze Fall danach angethan, daß er auf das Strengste geprüft und die Schuldigen zur unnachsichtlichen Verantwortung gezogen werden.

Der grimmige Nord-Ost-Wind der letzten Tage hat außer zahllosen Katarrhen und Schleimhautentzündungen auch die bösartigsten Husten bei Leuten jeden Alters und Geschlechts hervorgerufen. In den Schulklassen während des Unterrichts husten Schüler und Lehrer um die Wette, in den Hörsälen der Universität geht es nicht besser, viele Vorlesungen fallen ganz aus. Sogar in den öffentlichen Versammlungen, wo nur gut organisirte und widerstandsfähige Kehlen zur Geltung kommen, herrscht bei den wichtigsten Reden der Husten in allen Tonarten; das Gleiche gilt von den Herren im Parlamente, wo man von dem kräftigen Keuchhusten des westfälischen Industriellen bis zu dem quiekenden Keuchhusten eines zartorganisirten Geheimraths die ganze Stufenreihe der Tonstärke während der Debatten vernehmen kann. Ein geistreicher Mediziner, der beim Mangel einer ärztlichen Praxis sich auf das Parlamentarische geworfen hat, ist fest überzeugt, daß sich der reichsfeindliche von dem staatserhaltenden Husten deutlich unterscheiden läßt; er hat über dieses Thema sofort eine größere wissenschaftliche Arbeit in Angriff genommen.

Die Mitglieder der Einschätzungskommission für die Klassensteuer sind gegenwärtig vollauf beschäftigt, die gegen die von den Kommissionen bewirkten Einschätzungen von der Staatsbehörde gezogenen zahlreichen Monitas zu erledigen. Während die Kommissionen bei der Einschätzung des Einkommens die bisherigen Grundsätze walten ließen und aus den gesammten Verhältnissen der Einzuschätzenden deren Einkommen bemaßen, verlangt die königl. Regierung, daß das Einkommen aus der Höhe der gezahlten Wohnungsmiethe vier bis fünf mal multiplizirt festgesetzt werden soll. Bekanntlich sind in der letzten Zeit zahlreiche Miether von ihren Wirthsleuten gesteigert worden und haben sich der Steigerung aus begreiflichen Gründen willig gefügt. Da aber damit ihr Einkommen nicht gestiegen ist und sich die Betroffenen in Folge der Miethserhöhungen anderweitige Beschränkungen auferlegen müssen, so soll dieser Umstand auch noch dahin führen, die an sich schon große Steuerlast zu vermehren.

Jeder Zoll ein — gestürztes Pferd, — so konnte man vorgestern Abend sagen, als gegen 6 Uhr ein Schneegestöber die Straßen und Plätze Berlins wie eine Eisbahn glättete. Hier ein dumpfer Fall, dort ein Krachen der zersplitterten Scheerbäume, dazwischen das Fluchen und Schimpfen der Wagenführer — das war die Signatur des Abends. Dieser Zustand währte die ganze Nacht hindurch bis zum frühen Morgen. Am bedauernswerthesten waren die armen Omnibuspferde, welche, geängstigt und unsicher geworden durch das fortwährende Ausgleiten, nicht im Stande waren, den schweren, dichtbesetzten Wagen hinter sich fortzuziehen. Was half auch bei den Pferdebahnwagen der schleunigst herbeigeschaffte Vorspann, was die Streumaschine, mit welcher der Schnee von den Schienen fortgethaut werden sollte. Es wurde nur zum geringen Theil Abhilfe geschaffen und große Verspätungen treten auf vielen Linien ein. Droschken waren bald nicht mehr zu haben; entweder sie waren besetzt oder die Droschkenkutscher weigerten sich zu fahren. Man konnte es ihnen schließlich nicht verdenken, denn sie riskirten eine Beschädigung des Pferdes oder der Droschke, welche das Fahrgeld nicht aufwog. Ueberall, wo ein Pferd gestürzt war, sprangen sofort Passanten hinzu, um dem Kutscher beim Aufrichten behilflich zu sein. Es gereicht diese Bereitwilligkeit dem Berliner wieder einmal zur Ehre. Auch die Menschen fielen oft zur Erde und namentlich die Damen kamen sehr zahlreich zu Fall. Hoffentlich werden keine großen Unglücksfälle gemeldet. Ueberall vermißte man ein rechtzeitiges Bestreuen der Trottoire und der Straßendämme.

Ueber einen Unglücksfall in Folge Nichtbeleuchtung der Treppe wird uns Nachstehendes berichtet: Als am 25. v. M. die im Quergebäude des Grundstücks Belle-Alliance-Straße 21a im ersten Stockwerk wohnhafte Wittwe K. gegen 7 Uhr Abends ihre Wohnung zu einem Geschäftsgange verließ, trat sie bei der auf der Treppe herrschenden Dunkelheit fehl und stürzte die 11 Stufen hohe Treppe hinab. Frau K. hat sich durch den Fall eine Gehirnerschütterung zugezogen, welche sie wochenlang ans Bett fesseln wird. Gegenwärtig ist sie noch nicht vernehmungsfähig.

Erfroren! Vorgestern früh wurde auf dem Terrain der Berlin-Dresdener Eisenbahn in einem Abbruchsgebäude der verlängerten Schönebergerstraße die Leiche eines unbekannten, dem Arbeiterstande angehörigen Mannes vorgefunden und nach dem Leichenschauhause geschafft. Allem Anschein nach hat der Unbekannte an dem Fundort genächtigt und ist dort während der Nacht erfroren. Der Verstorbene ist etwa 25—30 Jahre alt, hat krauses, dunkles Haar und Schnurrbart, starke Nase, braune Augen und war mit einem dunklen Stoffrock und Weste, sowie mit einer englisch ledernen und einer schwarzen Hose, baumwollener Unterjacke, grauwollenem Hemd und Schaftstiefeln bekleidet.

In einem hiesigen Auktionslokal wurde gestern ein Mann angehalten, welcher nachstehende Schmucksachen zum Kauf anbot: 1. einen goldenen Herrenring, zur Hälfte schwarz emaillirt, mit einem a jour gefaßten Brillant von etwa 1 bis 1½ Karat; 2. eine goldene flache Herrenuhr, auf der Rückseite mit Blümchen und einer Aehre. 3. ein altmodisches ziemlich breites Gliederarmband, die einzelnen Glieder aus vier Absätzen. 4. Ein goldener Siegelring mit einem Almandin. Vorgenannte Gegenstände will der Inhaber vor etwa vier

Aus Kunst und Leben.

Deutsches Theater. Herr Dr. Förster kehrt Ende dieser Woche von seinem Urlaub zurück und wird am nächsten Montag, 8. d. M., zum ersten Mal wieder als „Nathan" auftreten.

Viktoria-Theater. Nachdem Direktor Scherenberg durch persönliche Rücksprache in Rom den Autor des Balletts „Messalina", Herrn Danesi, bewogen hat, die weitere Aufführung der „Messalina" zu halben Kassenpreisen auch für den März zu ertheilen, wird „Messalina" heute wieder, neu einstudirt, mit neuen Kostümen aufgenommen und „Däumling" bis zur Osterwoche abgesetzt.

Belleallianceſ-Theater. Die Proben zum Volksstück „'s Nunnerl", womit Felix Schweighofer sein Gastspiel am 13. d. M. eröffnet, haben bereits begonnen. Die letzten Proben werden von dem illustren Gaste, welcher Anfangs nächster Woche hier eintrifft, selbst geleitet werden.

Als eine Nachfeier der 25. Vorstellung tritt heute Donnerstag im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater der „Zigeunerbaron" auf. Nicht nur, daß das neue Finale zum 2. Akt heute zum ersten Male aufgeführt wird, kann auch heute erst die für die 25. Vorstellung projektirte „Jubiläums-Ueberraschung" dem Publikum bereitet werden. Herr Direktor Freipsche ist diesmal von den üblichen Album, Gedenkblättern u. dergl. abgegangen und bietet an deren Stelle dem Publikum eine originelle literarische Spende, welche heute Abend gratis zur Vertheilung gelangt.

Kaufmann's Variete fährt nach wie vor fort mit unbestrittenem Glück im Dienst der heiteren Muse emsig weiterzuarbeiten. Seit dem 1. d. M. sind dem fest engagirten reichhaltigen Personal neue Kräfte eingereiht worden. Es ist dies die Hochspringer-Gesellschaft „Rammy", deren Produktion uns an die der berühmten Phoites erinnern. Die Leistungen dieser Truppe verdienen das wärmste Lob und das zahlreich erschienene Publikum kargte nicht mit dem Beifall, der in jeder Beziehung ein wohlverdienter war. Außer dieser guten Akquisition hat die Direktion ferner einen guten Treffer durch das Engagement des Duettistenpaares Antonetti und Schneider gemacht. Die stimmungsvollen Duetts bieten dem Ohre des Besuchers, wenn das Auge sich an den verschiedenartigen equilibristischen und gymnastischen Schaustellungen satt gesehen, eine angenehme Abwechslung. Frl. Schneider, eine interessante Bühnenerscheinung, weiß durch die Entwickelung einer vollendeten Grazie bei ihrem Auftreten sofort die Szene zu beleben. Am Sonnabend, den 27. d. M., hat, wie wir hören, der beliebte Salon-Komiker Herr Paul Meinhold sein Benefiz, zu welchem die renommirten Stettiner Kouplet- und Quartettsänger ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt haben.

Abermals die Tortur in Ungarn. Vor Kurzem erst berichteten wir über einen haarsträubenden Fall von Vexationen, welche ungarische Gendarmen gegen drei des Raubes beschuldigte Szerpedéer Einwohner verübten, von welch letzteren Einer sogar den Peinigungen erlegen ist. Heute sind wir wieder einmal in der unangenehmen Lage, über die unmenschlich grausame Behandlung, welche mehrere Gendarmen Häftlingen gegenüber an den Tag gelegt haben, zu berichten. Wie nämlich ein von der königl. Staatsanwaltschaft in Rosenberg an die königl. Ober-Staatsanwaltschaft eingelangter Bericht besagt, wurde vor Kurzem ein des Diebstahls bezichtigtes Individuum von Gendarmen dem königl. Gerichtshofe in Rosenberg eingeliefert. Der Verhaftete gestand in der Voruntersuchung das ihm zur Last gelegte Verbrechen ein und fand sich über dieses Geständniß auch ein Protokoll vor. Die beim Gerichtshofe gepflogenen Erhebungen ergeben jedoch, daß der betreffende Häftling zur Zeit, als das Verbrechen begangen worden, sich in Untersuchungshaft befunden hat. Als der Häftling befragt wurde, wie er denn ein Geständniß ablegen konnte, erklärte er, daß die Gendarmen ihn durch Schläge zur Ablegung des Geständnisses gezwungen hätten. Er wies auch ein blutiges Hemd zum Beweise seiner Behauptung vor. Dieses blutige Hemd wurde sammt dem Berichte über den Vorfall dem kompetenten Gendarmerie-Kommando eingeschickt.

Der Donau-Oder-Kanal. Seit vielen Jahren taucht periodisch immer wieder das Projekt der Herstellung einer Wasserstraße auf, welche durch Verbindung der Oder mit der Donau den direkten Verkehr zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere herstellen soll. Der Gedanke ist bereits in den Zeiten Kaiser Rudolf's II. zum ersten Male und seitdem wiederholt angeregt worden, denn die Bedeutung eines solchen, die Mitte Europas durchziehenden Wasserweges ist zu ersichtlich, als daß sie nicht immer wieder zu neuen Versuchen der Realisirung hätte führen sollen. Es sind auch bereits mannigfache Pläne dafür ausgearbeitet worden, theilweise im Zusammenhange mit der Regulirung des Marchflusses und der Bewässerung des Marchfeldes. Die Angelegenheit ist namentlich für Niederösterreich und Mähren von größter Wichtigkeit und berührt überdies auch das volkswirthschaftliche Interesse des westlichen Ungarn sehr nahe. Es ist begreiflich, daß man sich namentlich in Mähren, welches seiner ganzen Breite nach von dieser Wasserstraße durchschnitten würde, sehr lebhaft um die Möglichkeit der Herstellung derselben bekümmert. Bereits vor fünfzehn Jahren ist ein Plan ventilirt worden, der hauptsächlich die Anlage eines Schifffahrtskanales zwischen Oder und Donau im Auge hielt, welcher der Nordbahn im Massentransport, namentlich in jenem der Kohle, Konkurrenz zu machen bestimmt war. Dieses Projekt ist seitdem eingeschlafen, dafür aber sind andere Vorschläge für den Ausbau der Wasserstraßen in Oesterreich gemacht und die Regulirung der March, sowie die Bewässerung des Marchfeldes in den Landtagen von Mähren und Niederösterreich zur Sprache gebracht worden.

Ueber die Benutzung der Korkabfälle macht das Journal „Hygiène pour tous" interessante Mittheilungen. Danach verbindet sich der zerkleinerte Kork gut mit Asphalt. Der Asphalt-Kork kann über eine ganze Fläche oder auch in beliebiger Quarréform verwandt werden. Solche Ueberdeckung ist durch die Komposition des Stoffs leicht, wasserdicht, rauh, gesund und unverbrennlich. Außer diesen kostbaren Vorzügen besitzt der Kork-Asphalt Elastizität, Unempfindlichkeit gegen Hitze und Kälte und beseitigt jedes Geräusch. Er eignet sich vorzüglich als Deckbelag für Seeschiffe, widersteht allem Fuhrwerk und allen Manövern, der Kälte und der Hitze bis zu 80 Grad und bleibt vom Meerwasser unberührt. Seine Undurchdringlichkeit erlaubt es, ihn mit großen Wassermassen abzuwaschen. Seine hygienischen Eigenschaften sind ein Präservativ gegen jede Art schädlicher Insekten und seine Leichtigkeit vermehrt die Last des Schiffes nur sehr gering. Mit einem Wort, der Kork-Asphalt kann überall angewandt werden, wo es gilt, der Hitze, der Kälte, der Feuchtigkeit oder der Beschädigung durch Reibung Widerstand zu leisten, indem er den Bedingungen einer relativen Leichtigkeit, Reinlichkeit, bequemen Reinigung, und der Beseitigung eines schlechten Geruchs durch Undurchdringlichkeit der Materie entspricht. Der Korkstaub, in Vasen kalzinirt, dient auch der Druckerei mit einem sehr kostbaren Schwarz und ist ebenso sehr geeignet zum Metallreinigen. Die Gürtel, Westen und Matratzen, die aus ihm verfertigt werden, dienen im Seewesen als Rettungswerkzeuge. Der Korkstaub wird noch zum Fabriziren von Leinölteppichen verwandt. Man formt davon einen dicken Teich, indem man den Staub mit gekochtem Leinöl mischt. Mit diesem Gemenge bedeckt man ein rohes Gewebe und regelt die Dicke des Auftrags mittelst einer Preßwalze, trocknet dann das Ganze und bedeckt dasselbe mit Wachstuch, welches man noch durch Pressen dekorirt.

Wochen von einem jüdischen Handelsmann gleichfalls in einem Auktionslokale gekauft und noch nicht den zehnten Theil des Werthes für dieselben gezahlt haben. Es ist daher anzunehmen, daß die Sachen aus einem Diebstahl herrühren und können dieselben bei der Kriminalpolizei besichtigt werden.

Polizeibericht. Am 1. d. M. zog sich in der Brauerei Tivoli der Böttcher Veidt beim Auspechen von Bierfässern in Folge eigener Unvorsichtigkeit durch Begießen mit siedendem Pech bedeutende Brandwunden an beiden Händen zu. — In der Nacht zum 2. d. M. wurde ein Herr an der Ecke der Friedrichs- und Leipzigerstraße von mehreren bisher unermittelt gebliebenen Personen überfallen und durch Faustschläge und Fußtritte so schwer gemißhandelt, daß er mittelst Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — Am 2. d. M. Morgens wurde auf dem Terrain der Berlin-Dresdener Eisenbahn in der verlängerten Schönebergerstraße in einem Schuppen ein unbekannter, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann erfroren aufgefunden. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause gebracht. — An demselben Tage wurde Mittags auf dem Flur des Hauses Grenadierstr. 17 ein Mann mit erfrorenen Füßen und völlig entkräftet, aber betrunken, aufgefunden und mittelst Droschke nach dem städtischen Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — An demselben Tage Nachmittags wurde eine Frau nebst ihrer Tochter in ihrer in der Kaiserstraße belegenen Wohnung bewußtlos in Folge Einathmens von Kohlendunst aufgefunden. Anscheinend hat es dem im Zimmer befindlichen mit Steinkohlen geheizten Kachelofen an genügendem Zug gefehlt.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Karenzzeit bei der Unfallversicherung, durch welche alle diejenigen Unfälle, deren Heilung die Dauer von 13 Wochen nicht übersteigt, den Krankenkassen zur Last fallen, zeigt so recht ihre verderbliche Wirkung bei einzelnen besonders gefahrvollen Gewerben. So sind im Monat Januar nach einer soeben ausgegebenen Uebersicht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft — dieselbe erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich einschl. Elsaß-Lothringen — an Unfällen gemeldet worden 191 gegen 182 im Monat Dezember. Von diesen Unfällen sind 165 nicht entschädigungspflichtig (leichtere Fälle) und unter das Krankenversicherungsgesetz fallend, während 26 für die Genossenschaft entschädigungspflichtig sind. Unter diesen befinden sich 8 Todesfälle. — Also einhundertfünfundsechszig Unfälle fallen auf die Krankenkassen, zu denen entweder ganz oder zum größten Theil die Arbeiter die Beiträge leisten und nur sechsundzwanzig Unfälle hat die Unfallversicherung zu tragen, bei der die Unternehmer die Beiträge in der Hauptsache zahlen. Das ist kein gerechtes Prinzip!

Gegen den Mädchenhandel wendet sich der „Pester Lloyd" in folgendem: Das Kapitel „Mädchenhandel" will aus den Spalten der Tagesblätter nicht verschwinden. Beinahe alltäglich werden Fälle berichtet, in welchen unerfahrene Frauenspersonen von gewissenlosen Agenten unter allerlei Versprechungen ins Ausland gelockt und dort an Seelenhändler verkauft werden. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß die Schandhäuser Italiens, Rumäniens, Bulgariens, Griechenlands, der Türkei und Kleinasiens, Egyptens und Ostindiens größtentheils mit ungarischen Mädchen bevölkert sind, daß selbst aus Buenos-Ayres, Rio de Janeiro, aus Peru und Chili die Besitzer solcher Häuser durch ihre Agenten „Waare" aus Ungarn beziehen. Wohl thun die Behörden, voran das Ministerium des Innern, das Möglichste, um diesem entsetzlichen Handel nach Kräften zu steuern, allein Umstände der verschiedensten Art sind es, welche alle Bemühungen zunichte machen. Bereits in den Jahren 1868 und 1869 erließ das Ministerium des Innern Verordnungen, um dem Uebel soviel als möglich zu steuern. In erster Linie besteht eine Verfügung, wonach es den Behörden strengstes untersagt ist, dienstthuenden Frauenzimmern Pässe nach dem Orient auszufolgen, deren Ansuchen dem Ministerium nicht zu unterbreiten, die Bewerberinnen um Pässe auf die Gefahren, die ihrer im Morgenlande harren, aufmerksam zu machen — ja sogar bei solchen, welche behaupten, bereits einen Posten bekommen zu haben und sich zum Antritte desselben nach dem Orient begeben, sich von der Wahrheit dieser Angabe durch das betreffende k. k. Konsulat zu überzeugen und dann erst die Ausfolgung des Passes zu empfehlen! Abgesehen davon, daß ein großer Theil unserer Behörden noch immer in Paßangelegenheiten viel zu lax ist — finden es die Herren Händler und deren Agenten gar nicht für nöthig, ihrer „Waare" hier Pässe zu besorgen. Es bestehen in Rumänien sowie im Orient in jeder größeren Stadt ganze Paßbörsen, wo sich die Händler zu festgesetzten Preisen mit den nöthigen Dokumenten versehen — was bei der großen Oberflächlichkeit der üblichen Personsbeschreibungen in den Pässen nur zu leicht möglich ist. Es werden in Rumänien ganz einfach Pässe rumänischer Frauen und Mädchen aufgekauft; bereits dort befindlichen Ungarinnen wird vorerst der Paß abgenommen und mit demselben wieder neue Waare eingeschmuggelt und der Grenzbeamte kann den mit regelrechtem österreichisch-ungarischen oder rumänischen Passe Versehenen den Uebertritt nicht verwehren. Sollen die verschärften Paßvorschriften für den Orient nicht wirkungslos bleiben, so muß jede nach dem Orient reisende Frauensperson mit einem Passe versehen sein, welcher ihre an demselben untrennbar befestigte abgestempelte Photographie enthält. Mit dieser Maßregel wäre in erster Reihe der Paßhandel vollkommen lahmgelegt. Das zweite und bei weitem größere Uebel liegt darin, daß die Behörden die „Waare" und die Händler nicht kennen. Soll mit diesem Gelichter gründlich aufgeräumt werden, müßten vor Allem energische und tüchtige Agenten speziell zu diesem Zwecke nach den hauptsächlichen Export- resp. Importgebieten gesendet werden, um an Ort und Stelle sowohl die Händler als deren Agenten kennen zu lernen. Was Rumänien und Serbien anbelangt, bilden unsere Café-Chantant-Sängerinnen einen sehr lebhaften und vielgesuchten Exportartikel für diese Länder. Man frage nur, was für Etablissements die Wacker und Silber in Galatz, die Timka Panaiotta in Sofia und viele Andere, die ihren Bedarf an Künstlerinnen ganz ungenirt von hier beziehen, haben! Noch mehr! Ein Herr „Direktor" Siegfried akquirirt hier ganz offen Chansonetten-Sängerinnen für New York, während Her Silber aus Galatz durch einen Agenten die Werbetrommel rühren läßt, nachdem er erst im November 14 Damen nach Galatz in sein berüchtigtes Etablissement „zur Stadt Petersburg" führte, über deren Verbleib hier alle weiteren Nachrichten fehlen. —

Die geschilderten Zustände haben auch die Aufmerksamkeit des Ober-Stadthauptmanns v. Török zu Budapest auf sich gezogen und liegt gegenwärtig dem Minister des Innern ein längeres Elaborat des Polizeichefs vor, in welchem die Angelegenheit des Mädchenhandels eingehend erörtert und bei gleichzeitiger Unterbreitung von Vorschlägen um die je baldigere Schaffung eines konkreten, den Mädchenhandel als Verbrechen qualifizirenden Gesetzes ersucht wird, da die hauptstädtische Polizei unter den gegenwärtigen Verhältnissen dem Treiben der Seelenhändler gegenüber geradezu ohnmächtig dasteht.

Vereine und Versammlungen.

hfs. **Eine zahlreich besuchte Versammlung der Metallarbeiter**, welche am Sonntag Vormittag im Louisenstädtischen Theater stattfand, beschäftigte sich mit der „Stellungnahme der Berliner Metallarbeiter zur Gründung einer Unterstützungskasse für Arbeitslose". Als Referent sprach der Medailleur Herr Krohm, welcher die Errichtung einer derartigen freien Hilfskasse befürwortete und die Möglichkeit der Gründung und Aufrechthaltung einer solchen darzuthun suchte. Redner ging dabei von der Annahme aus, daß jeder Berliner Metallarbeiter durchschnittlich dreizehn Wochen im Jahre arbeitslos und der Unterstützung durch die Kasse bedürftig sei. Er schlug vor, die regelmäßigen Mitgliedsbeiträge auf 50 Pf. wöchentlich festzusetzen und vom Eintrittsgeld mindestens je 1 Mark zur Bildung eines Reservefonds und je 20 Pf. zur Anschaffung der Statutenbücher zu verwenden, sowie Anspruch auf Unterstützung nur den nachweislich unverschuldeten Arbeitslosen einzuräumen. In der mehrstündigen animirten Diskussion bezweifelte u. A. Herr Bremer die Möglichkeit, ohne Zugrundelegung und Vorhandensein einer verläßigen Arbeitslosigkeits-Statistik für alle Berliner Metallindustrie- und Gewerksbranchen ein geeignetes Statut zu einer existenzfähigen derartigen Unterstützungskasse auszuarbeiten. Auch sei ohne amtliches statistisches Material das vom Gesetz geforderte Sachverständigen-Gutachten, sowie eine Genehmigung der Behörde zur Errichtung der Kasse nicht zu erlangen. Herr Schultz und andere Redner machten unter Hinweis auf die erfolgte polizeiliche Auflösung der Mannheimer „Allgemeinen Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands" gewisse Bedenken geltend, und sprachen die Befürchtung aus, daß eine zentralisirte freie Hilfskasse für Arbeitslosen-Unterstützung leicht von demselben Schicksal betroffen werden dürfte. Herr Günther hielt solche Befürchtung für unbegründet. Auch solle man nicht, meinte er, a tout prix und bei jeder Gelegenheit das Prinzip der Staatshilfe als unumgängliche Vorbedingung hinstellen und behaupten, ohne dieses Prinzip könnte der Arbeiter nichts erreichen. Ferner suchte er die Lebensfähigkeit einer derartigen Hilfskasse nachzuweisen, und betonte, daß den Regierungen das Entstehen einer solchen Kasse angenehm sein würde und sie daher demselben eher fördernd als feindlich gegenüberstehen würden. Herr Gottfried Schultz trat hierauf mit Entschiedenheit für den Standpunkt ein, daß derartige Kassen Staatssache und nur mittelst Staatsmitteln existenzfähig zu machen seien, was den Referenten Herrn Krohm veranlaßte, in seinen Schlußworte sich gegen die Widersprüche zu wenden, in welche gegenwärtig so oft Diejenigen geriethen, die da heute für „Freie Hilfskassen" gegen „staatliche Zwangskassen" und morgen für „Staatskassen" gegen „Freie Hilfskassen" Partei ergriffen. Die heutige Versammlung möge deshalb getrost eine Statutenentwurfs-Kommission wählen und beherzt den ersten Schritt zur Errichtung einer Arbeitslosen-Unterstützungskasse wagen. Da jedoch bei der Abstimmung hierüber das Resultat zweifelhaft blieb, entschied man sich zuletzt dafür, die ganze Angelegenheit bis nach erfolgter Entscheidung des Polizeipräsidiums über das Statut der „Vereinigung der Metallarbeiter Berlins" zu vertagen.

Der Fachverein der Former und verwandten Berufsgenossen Berlins und Umgegend hielt am Montag eine öffentliche Mitglieder-Versammlung im „Salon zum deutschen Kaiser", Lothringerstr. 37, ab. Der Vorsitzende Herr Müller sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Versammlung so schwach besucht sei, trotzdem in Berlin zirka 2500 Former beschäftigt wären. Es sei bedauerlich, daß die Kollegen so schwer zu bewegen seien, in die Versammlung zu kommen, um zu hören, was der Verein wolle. Erst wenn ihnen das Messer an der Kehle sitze, erinnerten sich viele, daß ein Fachverein der Former existire; dann würde absolut die Hilfe des Vereins verlangt, und wenn dieselbe dann nicht nach Wunsch der Betreffenden ausfalle, so hieße es oft, „der Vorstand schlafe". Diese indifferenten Kollegen müßten sich ermannen und sich rege an der Organisation betheiligen. — Hierauf hielt Herr Dr. Bohn einen mit größtem Beifall aufgenommenen Vortrag über Darwin's „Kampf um's Dasein" als Fortsetzung eines früher im Verein gehaltenen Vortrags. Alsdann verlas der Vorsitzende ein Schreiben der Ottensen'er Klempner, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß ihr Streik nur durch eine stramme Organisation gewonnen worden sei. Sodann wurden die von dem Berliner Meisterverein benutzten „Maßregelungsscheine" einer verurtheilenden Kritik unterzogen. Darauf sprach Herr Kersten über die „Fremdenkassen". Er bemerkte, daß es höchst bedauerlich sei, wenn verschiedene Werkstätten ihre „Groschenkassen" eingehen ließen und trotzdem kein einziger dieser Kollegen sich dem Fachverein anschließe, sondern die fremden Kollegen einfach an den Fachverein verweise mit dem Bemerken: „dort gebe es Unterstützung". Redner machte der Versammlung den Vorschlag, einen Fonds zu gründen, um auch Kollegen, welche nicht Fachvereinsmitglieder sind, eine geringe Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Es wurde beschlossen, eine Tellersammlung zu diesem Zwecke zu veranstalten; außerdem wurden den streikenden Metall-Schraubendrehern von Voß, Schall u. Co. 10 M. bewilligt.

An alle Schmiede, (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) Berlins und Umgegend. In Bezug auf das vom Schankwirth Herrn Guiard, Weberstr. 22 versandte Flugblatt, in welchem gegen das mit der Schmiedeherberge (Eigenthum der Schmiede-Innung Berlins) verbundene Arbeitsnachweisebureau zu Felde gezogen wird, fühlen wir uns verpflichtet, folgendes zur Klarstellung der Sachlage zu veröffentlichen: Zunächst bietet der ehrenwerthe Herr seine tüchtigen Arbeitskräfte als gute Schirrmeister, Feilbänker, Reitschmiede 2c. an, wir müssen aber doch sehr bezweifeln, ob solche bei ihm zu finden sind, denn warum läßt er sonst welche von der Mulackstraße holen und sucht welche per Annonze? — Ferner führt er an, daß bei ihm die Gesellen eingestellt werden wie sie passen, als ob dies überhaupt anders möglich wäre; dann behauptet er, daß in der Mulackstraße die Gesellen nach der Reihe eingestellt werden, ganz gleich, ob dieselben den Posten bekleiden können oder nicht. Dies erklären wir einfach für eine Unwahrheit, denn es wird von jeder Branche immer nur derjenige eingestellt, welcher am längsten arbeitslos ist und die betreffende Stelle bekleiden kann. Durch diese Einrichtung soll das System der Schlafburschenwirthschaft, durch welches gerade die sogenannten Herbergsbrüder großgezogen werden, verhindert und dem Unwesen der Ausbeutung der Arbeitslosen gesteuert werden. Wenn Herr Guiard ferner behauptet, daß, wenn ein Meister Sonntags mal arbeiten lassen müsse, um einem Kunden aus der Noth zu helfen, der Name des betreffenden Meisters laut Tafel bekannt gemacht und er keine Gesellen mehr bekomme, so müssen wir auch dieses, um nicht einen härteren Ausdruck zu gebrauchen, als eine Unwahrheit bezeichnen; nach denjenigen Werkstätten nur, wo Sonntags regelmäßig gearbeitet wird, werden keine Gesellen hingeschickt und eine Tafel ist überhaupt nicht vorhanden. Was die Aeußerung, daß ihm schon im vorigen Jahre der Arbeitsnachweis vom Vorstande des ehemaligen Fachvereins angeboten wurde, anbelangt, so ist dies allerdings Thatsache, wenn er aber behauptet, nach denselben Paragraphen, wie sie heute der Vorstand der Innung angenommen hat, so schlägt der edle Herr der Wahrheit so grob ins Gesicht, daß wir darauf verzichten, dieser Behauptung den richtigen Namen zu geben. Das Reglement für den Arbeitsnachweis in der Mulackstraße wurde von einer Kommission von 9 Mitgliedern ausgearbeitet, vom Altgesellen dem Innungsvorstande unterbreitet und von letzterem, vertreten durch den Obermeister Herrn Warnke, nach einigen Abänderungen angenommen und unterzeichnet. Es ist also klar und deutlich, daß hier kein Arbeitsnachweis der Vereinigung der deutschen Schmiede allein existirt, sondern auch der Schmiede-Innung Berlins; dieses geht auch aus dem Beschlusse der Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Schmiede vom 6. Februar 1886 hervor, welcher lautet: „Die am 6. Februar 1886 tagende Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Schmiede erklärt sich mit dem von der Kommission mit dem Innungsvorstande vereinbarten Regelement für den Arbeitsnachweis einverstanden und beschließt folgedessen, den Arbeitsnachweis der Vereinigung mit der Innungsherberge zu verbinden und verpflichtet sich, mit allen Kräften für dieselbe eintreten, so lange die Arbeitsausgabe nach diesen Grundsätzen gehandhabt wird, und der Vorstand sämmtliche Bekanntmachungen im Herbergslokal aushängen kann." Daraus geht doch deutlich hervor, daß die Vereinigung auf die Errichtung eines selbstständigen Arbeitsnachweisebureau verzichtet, so lange eben nach den Grundsätzen, welche im Reglement ausgesprochen sind, die Arbeit ausgegeben wird; diese Grundsätze sind Humanität und Gerechtigkeit, und wenn die Innung sich mit solchen Grundsätzen einverstanden erklärt, so kann ihr dieselbe nur zur Ehre gereichen. Wenn nun Herr Guiard ferner hervorhebt, daß die vom Gesellenverein Gewählten die Arbeit ausgeben, so ist das nur ein Beweis, welche Achtung sich dieser Verein allerseits erworben hat. Die am 14. Februar 1886, in Keller's Salon getagte öffentliche Versammlung der Berliner Schmiede (Meister und Gesellen) hat übrigens den Beschluß der Vereinigung der deutschen Schmiede zu dem ihrigen gemacht und wurde beschlossen, von diesem Tage an nur in der Mulackstraße zu verkehren. Wir bitten daher alle Gewerksgenossen, sich an die Tiraden des oben erwähnten Flugblattes nicht zu kehren und sich eintretenden Falles nur an das unentgeltliche Arbeitsnachweisebureau der Schmiedeherberge, Mulackstraße 9, zu wenden. Die Arbeitsausgabe erfolgt laut Reglement an den Wochentagen Vormittags von 9 bis 11 Uhr, Abends von 7 bis 9 und Sonntags Nachmittag von 4 bis 6 Uhr. Um das ganze Machwerk des Herrn Guiard in das richtige Licht zu stellen, werden wir in der am Sonnabend, den 6. März, Abends 8½ Uhr, in den Gratweil'schen Bierhallen (oberer Saal) stattfindenden Versammlung der Vereinigung der deutschen Schmiede den ganzen Sachverhalt klar legen, und bitten wir, recht zahlreich zu erscheinen. Mit kollegialischem Gruß E. Drewitz, Gubenerstr. 61, seiner Zeit Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Schmiede. E. Geelhaar, Allgemeine Pallisadenstr. 21.

hr. **Im Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter** hielt am Sonntag Herr Hans Land einen Vortrag über „Die Werthschätzung des Lebens." Der Vortragende schilderte den Gegensatz, in welchem die Religionen der alten Kulturvölker in Bezug auf die Frage, welchen Werth das Leben habe, zu einander stehen. In der Religion der Inder werde das Leben als werthlos und als ein Uebel aufgefaßt, dagegen in der Religion der Griechen und in der Religion der Juden als das Werthvollste und Beste, was es für den Menschen giebt. Im Christenthum habe die pessimistische Weltanschauung mit ihrer Geringschätzung des irdischen Lebens und mit ihrer Schwärmerei für ein überirdisches Leben nach dem Tode so lange die herrschende sein müssen, als im wirklichen Menschenleben der christlichen Welt die allgemeine Menschenliebe, die dem Manne von Nazareth, auf welchen die christliche Religion zurückgeführt wird, das Wesentliche der Religion gewesen, nicht zur Geltung gekommen, nicht das soziale Menschenleben gestaltende und beherrschende Macht geworden. Zur Diskussion nahm Herr Stadt das Wort, um darauf hinzuweisen, daß allgemeine humane Bildung bessere soziale Zustände herbeiführen könne, und daß die Volksschulen mehr, als es bisher der Fall ist, Pflegestätten wirklicher humaner Bildung werden müssen. Im Schlußwort führte Referent noch in Kürze aus, daß das Ziel des Menschheitsstrebens das allgemeine Menschenglück, und das einzige Mittel zur Erreichung dieses Zieles die Erziehung aller Menschen zu humaner Bildung sei. — Am Schluß der Diskussion wurden dann 4 Krankenunterstützungsgesuche bewilligt. Darauf theilte der Vorsitzende mit, daß der Fragebogen behufs Aufstellung einer Statistik der Lohnverhältnisse zu Ende der Woche in allen Klavierfabriken werde vertheilt werden, und sprach die Hoffnung aus, daß die durch die Statistik gegebene Kenntniß der Lage der Klavierarbeiter den reellen Fabrikanten veranlassen werde, den Arbeitern im Kampfe gegen die Schundfabrikanten Beistand zu leisten. Für die Mechanik- und Klaviaturmacher stellte er die Vertheilung besonderer Fragebogen in Aussicht. Ein Antrag des Vorstandes, dahingehend, daß Vereinsmitglieder, welche krank geworden und auf die Krankenunterstützung Anspruch machen wollen, verpflichtet sein sollen, ihr Kranksein binnen 14 Tagen dem Vorstande anzumelden, und daß sonst ihre Anträge nicht berücksichtigt werden sollen, wurde nach längeren Debatten mit allen Stimmen gegen drei angenommen. Ein Antrag, daß bei Beerdigung eines Vereinsmitgliedes für Gesang am Grabe gesorgt und die Kosten aus der Unterstützungskasse bestritten werden sollen, wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Die in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiter hielten am Montag Abend im Saale des Schützenhauses eine besuchte öffentliche Versammlung ab. Nachdem die Statuten des „Vereins zur Wahrung der Interessen der in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiter" verlesen worden waren, zeigte sich sämmtliche Redner dahin ausgesprochen hatten, daß durch Organisation und festes Zusammenhalten etwas zu erreichen sei, traten fast sämmtliche der Erschienenen dem Verein bei, so daß derselbe jetzt schon eine ganz stattliche Mitgliederzahl aufweist. Alsdann wurde beschlossen, die nächste Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Vorstandswahl" am 15. März, in Siemund's Saal, Linienstr. 8, stattfinden zu lassen. Neue Mitglieder werden täglich bei Seeger, Prenzlauerstraße 39, aufgenommen.

* **Verband deutscher Zimmerleute** (Lokalverband Berlin S.) Donnerstag, den 4. d. M., Abends 8 Uhr, Marienstraße 31/32 bei H. Klose, Versammlung. Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Gemeinnütziges.

Mittel gegen die schmerzhaften Hautschwielen und Hühneraugen an den Füßen. 3,0 gr Salicylsäure, 0,5 gr Extrakt von indischem Hanf, 25,0 gr Kollodium, gr. Mittelst eines kleinen Pinsels auf die harte Haut, die Schwielen zu streichen, täglich einmal. Die schwielige Haut schrumpft zu einer hornartigen Kruste zusammen und löst sich von den darunter liegenden Theile ab, so daß sie leicht, ohne Schmerz aufgehoben werden kann. — Die Bepinselung muß sich lediglich auf die Schwiele beschränken, die gesunde Haut soll nicht berührt werden.

Nährwerth des Käses. Angesichts der jetzigen Milchkrisis ermuntert vielleicht folgende eindringliche Mahnung zum anstrebenswerthen Konsum des nahrhaftesten Volksnahrungsmittels, die wir in einem landwirthschaftlichen Blatte finden: „Ein Pfund Käse und ein halbes Pfund Mehl oder Brod ist so gut, als zwei Pfund Fleisch. Aus Käse wird Fleisch und Kraft. Das wissen die Engländer und Amerikaner. In England werden jährlich über 300 Mill. Pfund verzehrt, in Nordamerika gegen 200 Mill. Pfund. Nur bei uns kennt man den großen Segen des Käsegenusses nicht, wie überhaupt nicht den der Milch.

Glyzerin gegen Brandwunden. Von A. Grün im „Dampf". Seit Jahren habe ich als bestes Mittel gegen Verbrühungen und trockenen Verbrennungen das technisch sogenannte gelbe Glyzerin, wie solches von Stearinkerzenfabriken gewonnen wird, befunden. Man taucht das verletzte Glied am besten in einen bereit gehaltenen Glyzerintopf und läßt 5—19 Minuten darin. Der Schmerz schwindet im Augenblick des Eintauchens und kehrt nicht mehr wieder, besonders wenn man das Glyzerin nicht mit Wasser abwäscht, Alkohol ist wohl ähnlich, ist aber seiner Kostspieligkeit, insbesondere aber seiner Flüchtigkeit wegen minder vortheilhaft, während das Glyzerin unbeschadet seiner Wirkung in irgend einem offenen Gefäße bereit gehalten werden kann.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 53. Donnerstag, den 4. März 1886. III. Jahrg.

Der politische und wirthschaftliche Liberalismus —

so könnte man wohl einen Abschnitt aus dem ersten Kapitel von Hertzka's aufsehenerregendem Werke: „Die Gefahr der sozialen Entwickelung", überschreiben, den wir hier mittheilen wollen.

Einst war wirthschaftliche Ungleichheit, die Ausbeutung der großen Massen durch eine Anzahl Bevorrechteter, bewußt das Grundprinzip jeder staatlichen und moralischen Ordnung; gleichviel, welcher politischen Auffassung die Staaten des Alterthums und Mittelalters gehuldigt haben mochten, der Grundsatz, daß die Menschen von Natur aus nicht gleich seien, daß es Bevorrechtigte und Parias gebe, war Allen gemeinsam, und sie unterschieden sich höchstens durch die Methode von einander, nach welcher zwischen Bevorrechteten und Hintangesetzten, zwischen Herren und Beherrschten die Grenzlinie gezogen war. Demokratisch nannte man nach damaligen Begriffen jenes Staatswesen, in welchem ganze Volksklassen an der Herrschaft und an der Ausbeutung theilnahmen; aristokratisch dasjenige, in welchem die Zahl der Herren im Verhältnisse zu jener der Beherrschten gering war. Seit der großen französischen Revolution erst ist die absolute Gleichheit vor dem Gesetz zur prinzipiellen Rechtsüberzeugung aller zivilisirten Staaten geworden, ja man könnte sagen, daß kaum jemals zuvor eine neue Idee so vollständig triumphirt habe, wie diese. Von dieser Anerkennung des Prinzips steht die Unfruchtbarkeit desselben im praktischen Leben gegenüber. Die unbedingte Gleichheit vor dem Gesetze geht Hand in Hand mit einer Ausbeutung der arbeitenden Klassen, die sich — in wirthschaftlicher Beziehung nur der Form, nicht dem Wesen nach von der antiken Sklaverei oder von der mittelalterlichen Hörigkeit unterscheidet. Während also in den Staaten des Alterthums und Mittelalters das herrschende Rechtsprinzip mit dem praktischen Leben in vollem Einklange sich befand, gähnt jetzt zwischen Theorie und Praxis eine Kluft, wie sie niemals zuvor zwischen den Ideen und zwischen den Thatsachen einer ganzen Welt ähnlich bestanden hatte, und das Merkwürdigste dabei ist, daß dieser unerhörte Gegensatz zwischen Theorie und Praxis unserem aufgeklärten Zeitalter lange Zeit gänzlich verborgen geblieben ist. Die besten, edelsten, freisinnigsten Männer glaubten ein Jahrhundert hindurch beinahe ausnahmslos und glauben größtentheils heute noch, daß die Freiheit und Gleichheit aller Menschen dadurch zur Thatsache geworden sei, daß den Massen das politische Stimmrecht, die Gleichheit vor der Justiz und das Recht gewahrt wurde, über ihre Person nach Gutdünken zu verfügen. Es ist nicht gar lange her, daß man ernstlich darüber nachzudenken beginnt, ob denn mit all' diesen an sich ganz werthvollen Rechten Demjenigen gedient sein könne, dem die Ausübung des ersten und wichtigsten aller Menschenrechte, nämlich des Rechtes, zu leben, verweigert ist. Jetzt erst beginnt man sich wieder daran zu erinnern, daß der Mensch ein Wesen sei, welches nicht blos geistige und politische, sondern auch körperliche Bedürfnisse habe, ja daß die letzteren, als die unabweislichsten und dringlichsten, auch die wichtigsten von allen seien. In einer Gesellschaft, wo mit Ausschluß der athmospärischen Luft Alles seinen Eigenthümer hat, in der Bedürfnisse und Gewohnheiten entstanden sind, die ohne Eigenthum, ohne den Schatz von Kenntnissen und Arbeitsbehelfen, die aus der Vergangenheit aufgestapelt wurden, gar nicht befriedigt werden können, in einer solchen Gesellschaft ist Freiheit und Gleichheit ein leerer Schall für Denjenigen, der vom Besitze jener Güter ausgeschlossen wurde.

In jenem Zeitalter, wo genügsame Lebensfreude die Gemüther der Meisten beherrschte, kannte selbst der elendeste Vagant, dessen Schicksal es war, an irgend einer Waldesecke hilflos zu verkommen, nicht jene bittere, unablässige Angst vor dem Hunger, die heute, wo die Mehrzahl der Menschen zu unausgesetztem Verzweiflungskampfe gegen den Hunger verurtheilt ist, selbst Diejenigen nicht frei läßt, die im Ueberflusse schwelgen. Unser Zeitalter ist vom Wahnsinn der Furcht vor dem Hunger besessen. Man betrachte den Millionär, dessen Bedürfnisse vielleicht gering sind, der die Zinsen seiner Zinsen nicht verzehren kann und der doch unablässig nach neuem Besitze hastet und jagt, sich des Erworbenen nicht freuen kann, weil neuer Erwerb all' sein Sinnen und Trachten erfüllt! Was ist er, wenn nicht ein Wahnsinniger, der inmitten aufgehäufter Schätze zu verhungern fürchtet, und wo anders liegt die Quelle seines Wahnsinns, als in dem Schauspiele, das ihn rings umgiebt, in dem grauenerregenden Stoßen und Drängen seiner Mitbürger, denen das Hungergespenst wirklich an Leib und Leben geht. Man glaube auch nicht, daß hiermit eine Ausnahme gezeichnet ist; so allgemein ist der Wahnsinn, daß die wenigen gesund Gebliebenen als Sonderlinge verlacht werden. Wir Alle, unser Besitz mag groß oder gering sein, zittern vor dem Elend, das unsere Brüder erwürgt, wir werden gepeinigt durch einen Instinkt, der gar nicht unser persönlicher, sondern der unseres Zeitalters ist, dessen Quelle in Motiven liegt, mit denen wir persönlich wenig, vielleicht gar nichts gemein haben, unter deren Gewalt aber die überwiegende Zahl der Zeitgenossen steht.

Der moderne Liberalismus mit seinem Gegensatze politischer Gleichheit und wirthschaftlicher Ungleichheit enthält also einen inneren Widerspruch, der auf die Dauer unmöglich bestehen kann. Deshalb aber ist es nicht minder falsch, ihn zu verwerfen oder ihm die Schuld an der bestehenden wirthschaftlichen Ungleichheit in die Schuhe zu schieben. Das große Verdienst des Liberalismus ist es, die Nothwendigkeit der Gleichberechtigung zur Geltung gebracht zu haben; daß er sie nicht verwirklichte, ist nicht seine Schuld, ja es soll gezeigt werden, daß er den historisch einzig möglichen Weg einschlug, der in seinem weiteren Verlaufe zur vollen Gleichberechtigung führen muß. Die politische Emanzipation war blos der erste Schritt, der allein aber die Voraussetzungen schuf, auf die gestützt die ferneren vollbracht werden müssen. Jenes Geschlecht, welches die Revolutionen des vorigen Jahrhunderts vorfanden, mußte zur Freiheit erzogen werden, und es ist im Wesen der Sache begründet, daß die politische Erziehung früher vollendet war, als die wirthschaftliche. Wer nicht Gegenstand der Ausbeutung sein, wer nicht zu Nutz und Frommen Dritter arbeiten will, muß selbstständig produziren, und es wäre Wahnsinn gewesen, von einem vieltausendjähriger Sklaverei noch gar nicht entwachsenen Geschlechte die Fähigkeiten selbstständiger Produktion zu erwarten. Diese lassen sich nur allmälig und mühsam erlernen, es muß dazu eine Organisation der Arbeit erst geschaffen werden, und zwar geschaffen im Wege organischer Entwickelung.

Es ist also richtig, daß der Liberalismus noch nicht erfüllt hat, was er versprach, daß er der Menschheit die volle Freiheit und Gleichberechtigung noch nicht zu geben vermochte; ebenso richtig ist, daß Jene dem menschlichen Fortschritte einen schlechten Dienst erweisen, welche, die bisherige Unfruchtbarkeit dieses Prinzips auf wirthschaftlichem Gebiete verkennend, die menschliche Entwicklungsgeschichte mit der heutigen Gesellschaftsordnung gleichsam für abgeschlossen halten. Trotzdem ist der Liberalismus nicht, wie seine Gegner von rechts und links behaupten, der kolossalste Irrthum, den die Menschheit jemals begangen, sondern die gewaltigste That, von deren Früchten noch kommende Jahrtausende zehren werden. Die Entwickelung der wirthschaftlichen Gerechtigkeit aus der politischen Freiheit wird den Einklang zwischen Prinzipien und Thatsachen wiederherstellen, der Menschheit an Stelle der verloren gegangenen neue Ideale geben.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 3. März, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, von Bronsart, von Schelling, von Burchard und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung der Petitionen, welche als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet sind.

Abg. Kayser (Soz.) legt Verwahrung ein gegen diese Abschlachtung von Petitionen en gros, welche das Petitionsrecht des Volkes illusorisch mache; die Landtage, speziell der preußische, widmeten ihnen mehr Sorgfalt, als der Reichstag, dessen Verfahren zwar nach der Geschäftsordnung zulässig sei, aber mit diesem Verfahren sei seine Partei überhaupt nicht einverstanden; denn eigentlich müßte über alle Petitionen im Plenum verhandelt werden.

Abg. Rickert wäre glücklich, wenn er wüßte, was der Vorredner eigentlich bezweckt. Nach § 28 der Geschäftsordnung müssen alle Petitionen im Plenum erörtert werden, bei denen dies von der Kommission oder von 15 Mitgliedern beantragt wird. (Hört, hört!) Hat Herr Kayser einen solchen Antrag gestellt? Nein! Wenn er ihn stellt, ist Rickert bereit, ihn zu unterstützen und die 15 Mitglieder zu stellen, um damit zu zeigen, daß von einer Massenabschlachtung der Petitionen hier nicht gesprochen werden kann. Uebrigens werden die Petitionen im preußischen Abgeordnetenhause genau so behandelt, wie im Reichstage. (Beifall)

Abg. Kayser behauptet, er habe früher öfter Anträge auf Erörterung von Petitionen im Plenum gestellt, aber ohne Erfolg, weil sie als Initiativanträge behandelt worden seien. (Rufe: Nein!)

Abg. v. Köller bestreitet diese Behauptung; die Geschäftsordnung sei richtig angewendet worden. Eingegangen sind 13000 Petitionen; die Zeit, sie alle im Plenum zu erörtern, hat doch weder das Haus noch der Abg. Kayser.

Ab. v. Bernuth erwartete von Kayser einen Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung; statt dessen hat er nur ganz allgemeine Klagen vorgebracht. Er weiß also entweder nicht, was er will, oder er will es nicht klar aussprechen.

Abg. Meyer (Halle): Herr Kayser mußte nachweisen, daß die Geschäftsordnung in diesem oder jenem Falle verletzt sei, dann wäre Remedur geschaffen worden; oder er mußte die Abänderung der Geschäftsordnung beantragen, wenn sie ihm nicht genügt. So lange aber die jetzige besteht, müssen wir ihr gemäß verfahren. Wir sind stets bestrebt, den Petitionen zu ihrem Recht zu verhelfen, aber wir können nicht die Zeit des Hauses mit der Erörterung unberechtigter Petitionen verderben. Es gehen in jedem Jahre sehr viele Petitionen ein, welche offenbar unklar sind oder nicht zur Kompetenz des Hauses gehören oder rechtskräftige Urtheile angreifen oder wo die Petenten den vorgeschriebenen Instanzenweg nicht innegehalten haben. Wollten wir diese alle vor das Plenum bringen, so hätten wir für die berechtigten keine Zeit mehr übrig. Gerade mit Rücksicht hierauf ist die Geschäftsordnung gemacht; sie gründet sich auf Erfahrungen des preußischen Abgeordnetenhauses, wo man, ehe die Geschäftsordnung entsprechend geändert wurde, mehrmals schriftliche Berichte über Petitionen hatte erstatten müssen, die von offenbar geisteskranken Menschen herrührten. Wenn Herr Kayser über etwas klagen wollte, so wäre es höchstens, daß Fälle vorkommen, wo einzelne Mitglieder des Hauses nicht zur rechten Zeit anwesend sind, wenn sie eine Sache fördern könnten, und daß sie nachher ungerechtfertigte Beschwerden erheben. (Sehr richtig!)

Abg. Kayser erklärt nochmals, daß seine Partei mit dem üblichen Modus der Erledigung von Petitionen nicht einverstanden sei, und wird eine Aenderung der Geschäftsordnung, die er übrigens sehr gut kenne, s. Z. beantragen. Die Anspielungen auf seine Person kämen ihm geradezu komisch vor. Die Entscheidung darüber, ob eine Petition ungerechtfertigt sei, dürfe nicht schon von der Kommission getroffen werden, sondern müsse dem Plenum vorbehalten bleiben.

Abg. Lipke: Dem Abg. Kayser ist von allen Seiten in der Petitionskommission, deren Mitglied er ist, die größte Berücksichtigung zu Theil geworden. Gleich als er hineinkam, hielt er eine große Rede, daß die ganze Sache anders behandelt werden müsse. Dann blieb er im vorigen Jahre den Sitzungen meist fern, und in der ersten Sitzung dieses Jahres trug er darauf an, daß eine Präsenzliste der Mitglieder geführt werde und daß jeder, der nicht komme, sich entschuldigen möge. Das wurde ihm bewilligt: die Präsenzlisten sind geführt worden; und wer immer zu denen gehört hat, die am seltensten zugegen waren, war der Abg. Kayser. (Heiterkeit.) Er war oft auch in Sitzungen abwesend, wo er Korreferent war, so erst wieder einmal ganz vor Kurzem, und da hat er sich auch nicht einmal entschuldigt. Ich protestire gegen die Redensart „Abschlachtung der Petitionen". Die Petitionen sind in der Kommission stets sehr gründlich berathen worden; und wenn irgend etwas zweifelhaft war, haben wir einen Regierungskommissar zugezogen. Herr Kayser kann das natürlich nicht wissen, da er eben nur selten da war. (Heiterkeit.) Was er heute sagte, war nur eine Deklamation für das Land, keine Rede zur Sache. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Kayser: Diese Behauptungen entsprächen nicht den Thatsachen, wie eine einfache Einsicht in die Protokolle ergeben werde. Gerade Lipke habe oft verhindert, daß Petitionen im Plenum erörtert wurden, da er verlangte, daß nur gut ausgearbeitete an das Haus gelangen sollten. Es könnten doch nicht alle Petenten ausgebildete Juristen sei.

Abg. Rickert fordert Kayser nochmals auf, jetzt einen Antrag zu stellen, in dem gesagt ist, welche der Petitionen, um die es sich heute handelt, er im Plenum erörtert sehen will. Für die nöthige Unterstützung dieses Antrages werde er sorgen. Wenn Kayser einen solchen Antrag nicht stellt, so sei zu konstatiren, daß er die Zeit des Hauses in ganz rücksichtsloser Weise in Anspruch genommen hat. (Sehr richtig!)

Nachdem auch Windthorst sich im Sinne Rickerts und Meyers ausgesprochen, beantragt Abg. Kayser zwei von den Petitionen, welche die Kommission für nicht geeignet zur Plenarberathung hält, und welche die Vermehrung der Zahl der Reichstagsabgeordneten verlangen, im Plenum zu erörtern, und sie dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nachdem Rickert darauf aufmerksam gemacht hat, daß das Haus vor der Erörterung im Plenum doch nicht wissen könne, ob es die Petitionen zur Berücksichtigung empfehlen könne, wird über den letzteren Satz des Antrags getrennt abgestimmt werden.

Abg. v. Köller: Herr Kayser hat gesagt, unsere Anspielungen hätten einen komischen Eindruck auf ihn gemacht; er sollte doch so gefährliche Ausdrücke gerade in seiner heutigen Situation nicht brauchen; denn darüber wird im Lande nur eine Stimme sein, wer in der heutigen Diskussion die komische Figur gespielt hat. (Heiterkeit und Beifall.)

Da der Antrag Kayser von mehr als 15 Mitgliedern, u. A. von zahlreichen Mitgliedern der deutschfreisinnigen Partei unterstützt ist, wird die Petitionskommission über die beiden erwähnten Petitionen Bericht an das Plenum erstatten; der zweite Theil des Antrags wird abgelehnt. Die übrigen Petitionen werden dem Vorschlage der Kommission gemäß im Plenum nicht erörtert werden.

Zur ersten, event. zweiten Berathung steht darauf der Beschluß des Bundesraths, betr. die Aufnahme der Cellulosefabriken in das Verzeichniß der einer besonderen Genehmigung bedürfenden gewerblichen Anlagen.

Abg. Rickert: Der Beschluß des Bundesraths ist durchaus zweckmäßig. Diese Fabriken bedürfen zweifellos der Genehmigung und vor Allem genauer Prüfung vor der Konzession. Die Umgegend von Danzig hat unter einer Zellulosefabrik so zu leiden, daß an manchen Tagen der Bevölkerung die Luft zu athmen vergeht. Leider steht die Fabrik theils unter der Polizei des Stadt und theils des Landkreises, und es war bisher eine Abhilfe auf dem Wege des Verwaltungsstreitverfahrens nicht zu erreichen. Ich fürchte, daß, nachdem die Fabrik einmal besteht, auch der Minister nicht wird Remedur schaffen können. Die Sache schwebt noch in der höheren Instanz, aber im Wege der Gesetzgebung wird sich schwerlich etwas erreichen lassen. Um so nothwendiger ist es, dem Beschluß des Bundesraths zuzustimmen.

Staatssekretär v. Boetticher: Die Belästigungen, von denen der Redner sprach, waren ja wesentlich das Motiv zu diesem Bundesrathsbeschluß. Ein Eingreifen der Polizei bestehenden Anlagen gegenüber, welche Belästigungen für das Publikum mit sich führen, ist doch jetzt schon da zulässig, wo die Anlagen eine Gefahr für das Publikum in sich schließen. Im Geltungsbereiche des preußischen Landrechts wenigstens — und dazu gehört auch Danzig — hat die Polizei das Recht, die nöthigen Anstalten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Abwehr bestehender Gefahren zu treffen. Das Recht dazu wird auch von den Behörden in vollem Umfange angesprochen. Quaestio facti ist allerdings immer, ob wirklich ein gefährlicher Zustand vorliegt. — Das Haus genehmigt den Beschluß des Bundesraths auch in zweiter Berathung.

Es folgt die erste Berathung des Nachtragsetats. 776 500 M. zur Errichtung eines sechsten Zivilsenats beim Reichsgericht, zur Erwerbung eines Grundstücks behufs Errichtung eines Dienstgebäudes für das Patentamt und zum Ausbau des Dienstgebäudes Wilhelmplatz Nr. 2 für die Zwecke des Reichsversicherungsamts, sowie des Reichsschatzamts.

Abg. Dr. Hammacher beantragt, den Nachtragsetat der Budgetkommission zur Prüfung zu überweisen. Er vermißt in demselben eine Forderung für die projektirte physikalisch-technische Reichsanstalt zur Beförderung der exakten Naturforschung. Bekanntlich hat eine der bedeutendsten Autoritäten auf dem Gebiete der deutschen technischen Praxis, der Geheimrath Siemens in Charlottenburg, für die Zwecke dieser Reichsanstalt etwa ½ Million zur Verfügung gestellt. Es hat nun in technischen Kreisen ein erklärliches Staunen hervorgerufen, daß für die Zwecke dieser Anstalt keine Forderung in diesem Nachtragsetat erschienen ist.

Staatssekretär v. Boetticher: Die Reichsverwaltung hat mit ganz besonderem Dank und mit ganz besonderer Freude die hochherzige Offerte des Herrn Geheimrath Werner Siemens angenommen, der zur Begründung einer technisch-physikalischen Reichsanstalt ein Terrain in Charlottenburg mit einem ungefährem Werthe von ½ Million hergeben will. Es sind in Folge dieser Offerte die nöthigen Vorarbeiten gemacht worden, welche dazu dienen sollen, um eine solche physikalisch-technische Reichsanstalt in's Leben zu rufen. Es ist auch bereits ein Etatsanschlag für die Dotirung dieser Reichsanstalt aufgemacht worden. Sie sehen daraus, daß das Projekt des Herrn Dr. Siemens, welches in den wissenschaftlichen Kreisen der Nation als ein sehr gesundes und nützliches erkannt worden ist, auch der Reichsverwaltung am Herzen liegt. Wenn wir davon Abstand genommen haben, durch den gegenwärtigen Nachtragsetat den Reichstag mit der Angelegenheit zu befassen, so ist dies lediglich aus dem Grunde geschehen, weil wir es zu vermeiden wünschen, nicht absolut dringliche Dinge im Wege des Nachtragsetats der Beschlußfassung des Reichstags zu unterbreiten, und es vielmehr vorzuziehen, solche Ausgaben, die einen kurzen Aufschub vertragen können, in den ordentlichen Etat einzustellen. Ich kann Ihnen in Aussicht stellen, daß diese Ausgabe im nächsten ordentlichen Etat erscheinen wird,

und ich hoffe, daß dann das Haus dieser Anstalt dieselbe Sympathie entgegenbringen wird wie die Reichsregierung. (Beifall.)

Abg. Dr. Baumbach wünscht eine kommissarische Prüfung darüber, ob nicht die geforderten Preise für die zu erwerbenden Grundstücke für das Patentamt in Berlin zu hoch seien.

Staatssekretär v. Boetticher: Die von uns akzeptirten Preise für die beiden Grundstücke sind weitaus die billigsten unter denen, die uns angeboten sind. Die Lage dieser Grundstücke gewährt außerdem eine bequeme Verbindung mit den übrigen Reichsämtern und mit dem Polytechnikum in Charlottenburg. Der geforderte Preis ist auch deshalb nicht zu hoch, sondern im Gegentheil ein geringer.

Der Nachtragsetat wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ausprägung einer Nickelmünze zu 20 Pfennig.

Abg. Uhden: Die kleinen silbernen Zwanzigpfennigstücke haben sich im Verkehr, namentlich der ärmeren Bevölkerung, als durchaus unpraktisch erwiesen. Ebenso nothwendig wie die Ausprägung von Zwanzigpfennignickelstücken ist aber die Ausprägung von 2½-Pfennigstücken in Kupfer. Der arme Mann, der Arbeiter, muß bei seinen täglichen Ausgaben mit Pfennigen rechnen. Es liegt in seinem Interesse, daß auch der Pfennig noch halbirt wird. Jetzt bezahlt er für verschiedene Bedürfnisse, die er in kleinsten Mengen ankauft, oft einen halben Pfennig oder noch weit mehr, lediglich, weil eine Vertheilung beim Dezimalsystem nicht möglich ist. So entsteht oft eine für sein Budget nicht zu unterschätzende Vertheuerung der Waare.

Abg. v. Kardorff hat bis jetzt noch keinen Menschen gefunden, der ein Bedürfniß nach einem Zwanzigpfennigstück in Nickel empfunden oder ausgesprochen hätte. Die Nickelmünzen sind überhaupt garnicht so angenehm; wie leicht können die Zehnpfennigstücke in Rollen verpackt mit den silbernen Fünfzigpfennigstücken verwechselt werden! Man kann stets gewärtig sein, in einer Rolle silberner Fünfziger einige Nickel vorzufinden. Man sollte die Nickelmünzen durchlöchern, um sie von den silbernen Fünfzigpfennigstücken sofort unterscheiden zu können. Der Vertreter der verbündeten Regierungen möge uns doch sagen, ob sich denn wirklich ein so dringendes Bedürfniß nach Zwanzigpfennigstücken in Nickel, wie hier behauptet wird, geltend gemacht hat.

Staatssekretär v. Burchard: Der Abg. v. Kardorff hat keine Sympathie für Nickelmünzen, aber andere Nationen sind dem Beispiele Deutschlands gefolgt, wie die Schweiz und Amerika. Nach meinen Informationen liegt es auch in der Absicht Frankreichs, Nickelmünzen einzuführen. Die Vorlage beschäftigt sich doch aber, und das bitte ich zu beachten, mit der Frage, neben den silbernen Zwanzigpfennigstücken auch solche in Nickel auszuprägen. Es soll doch nichts Neues eingeführt werden. Der Behauptung, es bestände kein Bedürfniß für ein Zwanzigpfennigstück in Nickel, muß ich ausdrücklich widersprechen, es hat sich in verschiedenen Landestheilen, namentlich in Norddeutschland, das Bedürfniß dringend geltend gemacht. Es ist ja von vornherein naturgemäß, daß zwischen dem 10- und dem 50 Pfennigstück eine Nickelmünze geschaffen wird. Natürlich muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, eine Münze zu schaffen, welche nicht leicht verwechselt werden kann. Eine Durchlochung, und damit die sogenannte chinesische Form einzuführen, hat bis jetzt entschieden Abneigung gefunden. Die Größe der Münze wird ungefähr die des Zwanzigmarkstückes sein, doch wird sie erheblich dicker ausfallen. Diese Fragen wird der Bundesrath zu erwägen und zu entscheiden haben, vielleicht entscheidet man sich für eine Erhöhung des Randes oder eine Vertiefung im Felde der Münze. Was den Wunsch des Herrn Abg. Uhden nach einem 2½ Pfennigstücke in Kupfer betrifft, so können die verbündeten Regierungen ein dringendes Bedürfniß dafür nicht anerkennen; es ist ja auch nicht zu verkennen, daß darin eine Abweichung von unserem Münzsystem läge.

Abg. Dr. Bamberger: Ich muß sagen, ich stehe der Vorlage sehr neutral gegenüber; warum sollen wir den Versuch, Zwanzigpfennigstücke in Nickel auszuprägen, nicht machen? Hier folge ich — ich scheue mich gar nicht, es auszusprechen — dem Satze: „Probiren geht über Studiren". Wenn die verbündeten Regierungen sagen: es ist ein Zwanzigpfennigstück in Nickel nöthig, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Es kommt eben nur darauf an, den Versuch zu machen; wenn die Sache nicht gelingt, haben wir im Grunde nicht viel verloren. (Sehr wahr! links.) Für die Ausprägung möchte ich doch aber bitten, dieselbe mit etwas mehr Liebe und Sorgfalt auszuführen. Daß die verbündeten Regierungen keine Veranlassung fühlen, deshalb das silberne Zwanzigpfennigstück einzuziehen, — damit bin ich durchaus einverstanden, ich halte überhaupt die Feindschaft gegen das silberne Zwanzigpfennigstück für etwas übertrieben, ebenso wie die gegenüber dem goldenen Fünfmarkstück. Ich wenigstens habe in meiner Praxis stets gesehen, daß die Leute sehr gern goldne Fünfmarkstücke nahmen — nicht blos, wenn man sie ihnen schenkte. (Heiterkeit.) Der Herr Abg. v. Kardorff hat eine gewisse Feindschaft gegen die Nickelmünzen dokumentirt. Ich habe keine Veranlassung, sie zu vertheidigen, denn einmal bin ich ihretwegen in den falschen Verdacht gekommen, Nickelgruben zu besitzen, — diesem Verdacht hat ja auch Herr Pastor Dietze, der sich besonderer Freundschaft hier im Hause erfreut, Ausdruck gegeben — andererseits bin ich garnicht einmal der Urheber dieser Münzen. Aber Nickelmünzen sind doch sehr viel properer und schöner, als Kupfermünzen, auch ist die Gefahr der Fälschung bei jenen sehr viel geringer. Da ich soeben höre, daß Herr von Schalscha der nächste Redner sein wird, so möchte ich ihn bitten, uns doch einiges Nähere über die Fälschung von Thalern in der Schweiz zu erzählen. Die Klagen über die Einschmuggelung von Zehnpfennigstücken in Fünfzigpfennigrollen kann ich als berechtigt nicht anerkennen, denn die letzteren sind doch nicht dazu bestimmt, im Verkehr in Rollen verausgabt zu werden. Prägen wir die neuen Zwanzigpfennigstücke in Nickel sorgfältig und sauber aus, so entgehen wir allen Gefahren, welche aus Verwechselung entstehen können.

Abg. v. Schalscha: Was die Nickelmünzen betrifft, so sind dieselben kein schönes Geld; aber man fragt nicht nach der Schönheit des Geldes, wenn man nur genug davon hat. Wichtig wird es sein, der neuen Nickelmünze eine Form zu geben, die sie vor Verwechselungen schützt. Man hätte schon das Zehnpfennigstück, da es doch nur ein Werthzeichen ist, kleiner machen sollen. Die Lochung der Nickelmünzen würde vor betrügerischen Manipulationen, wie sie Abg. v. Kardorff geschildert, nicht schützen. Man sollte sich lieber die Frage vorlegen, ob es nöthig ist, die runde Form bei den Nickelmünzen festzuhalten. Im Interesse meiner Taschen will ich nicht eine viereckige Form empfehlen, wie sie früher die schwedischen Münzen zeigten, aber eine ovale Gestaltung der Nickelmünzen würde eine Verwechselung derselben mit anderen Münzsorten unmöglich machen. Für die Einführung eines 2½-Pfennigstückes bin ich früher bereits eingetreten; ich freue mich daher, daß Herr Kollege Uhden diese Gelegenheit benutzen will, um einen Antrag auf Einführung eines 2½ Pfennigstückes einzubringen.

Abg. v. Kardorff tritt für diesen Vorschlag gleichfalls ein. Wenn man sich zu einer Lochung der Nickelmünzen nicht verstehen kann, so mag man dieselben durch einen Ausschnitt am Rande kennzeichnen. Besser wäre es vielleicht noch für die Scheidemünzen, eine Legirung von Kupfer und Silber wieder in Anwendung zu bringen. Man erhielte dann gewiß ein angenehmeres Geld als das Nickelgeld. Die Fünfmarkstücke aus Gold haben vielfach Mißfallen erregt. Jedenfalls liegt jetzt kein Grund vor für die Reichsbankverwaltungen, die Fünfmarkstücke aus Gold zurückzubehalten.

Für die zweite Lesung, in welche das Haus sofort eintritt, liegt vor ein Antrag des Abg. Uhden zur Einführung eines 2½-Pfennigstückes.

Staatssekretär v. Burchard bittet von der Aufnahme dieser Forderung in das Gesetz abzusehen, dagegen hat er nichts dagegen, wenn dieselbe in Form einer Resolution weiter verfolgt wird. Eine neue Münze kann nur eingeführt werden, wenn ein Bedürfniß dazu vorhanden ist. Ein solches Bedürfniß hat bezüglich des 2½-Pfennigstücks bis jetzt noch nicht konstatirt werden können. Die 20-Pfennigstücke aus Silber sollen nach Prägung der 20-Pfennigstücke aus Nickel nicht kassirt werden. Die Ausprägung derselben wird in nicht zu großen Beständen erfolgen. Ueber die Form derselben werden sorgfältige Erhebungen stattfinden.

Abg. Bamberger: Die niedrigen Silberlegirungen haben uns das häßlichste Geld gebracht, was ich kenne. Bleiben wir daher bei den Nickelmünzen, Herr v. Kardorff. So schön wie Gold sind sie nicht, für Sie, Herr v. Kardorff, vielleicht nicht einmal so schön wie Silber. (Heiterkeit.) Gegen den Antrag will ich, wenn er uns in Gestalt eines besonderen Antrags vorgelegt wird, keinen Widerspruch erheben.

Abg. Kalle bittet, dem 20-Pfennigstück aus Nickel die Größe eines 20 Markstücks zu geben, dann sei jede Verwechslung ausgeschlossen. Für die Einführung eines 2½-Pfennigstückes liege ein Bedürfniß nicht vor, er werde deshalb auch gegen eine dahingehende Resolution stimmen.

Abg. Uhden zieht seinen Antrag zurück und bringt an Stelle dessen eine Resolution ein, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Einführung eines 20-Pfennigstückes, vorzulegen.

Abg. v. Schalscha befürwortet diese Resolution als eine durch die Verhältnisse dringend gebotene Korrektur unseres Dezimalsystems.

Abg. Uhden weist darauf hin, daß für die Einführung eines 2½-Pfennigstückes ein dringendes Bedürfniß vorhanden sei. Auch Abg. Bamberger habe die Nützlichkeit seines Antrags anerkannt.

Abg. Bamberger: Ueber die Nützlichkeit dieses Antrags habe ich mich nicht geäußert, sondern nur erklärt, daß ich gegen eine Prüfung des Bedürfnisses nicht Widerspruch erheben will.

Der Gesetzentwurf wird angenommen. Ueber die Resolution wird erst in dritter Lesung abgestimmt werden.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Prüfung der Wahl des Abg. Frege wird auf den Antrag des Abg. Eysoldt nochmals der Wahlprüfungskommission überwiesen, nachdem der Referent Möller konstatirt hatte, daß in seinem Bericht ein thatsächlicher Irrthum bezüglich des Inhalts der sächsischen Landesgesetze enthalten sei; die Unrichtigkeit beruhe auf den Erklärungen des sächsischen Kommissars.

Abg. von Köller bezeichnet das Vorgehen des Referenten als eine Ueberrumpelung des Hauses; solche Irrthümer hätten in der Kommission zur Sprache gebracht werden müssen.

Die Abgg. Hänel und Möller halten es für die Pflicht des Referenten, auf solche thatsächlichen Irrthümer aufmerksam zu machen; in der Kommission sei keine Gelegenheit mehr dazu gewesen, weil die Sache aus der Kommission bereits an das Haus gelangt war.

Hinsichtlich der Wahlen der Abgg. v. Ungern-Sternberg, Meyer (Halle) und Meier (Bremen) wird gemäß den Anträgen der Wahlprüfungs-Kommission der Beschluß über die Giltigkeit ausgesetzt und Beweiserhebung beschlossen.

Die Wahlprüfung des Abg. Bürklin wird auf Antrag des Abg. Baumbach von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, diejenige des Abg. Groß (1. Pfalz) in die Kommission zurückverwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Präsident schlägt vor, mit der ersten Lesung der Branntweinmonopol-Vorlage morgen 12 Uhr zu beginnen.

Abg. Windthorst bittet, den Beginn auf 1 Uhr festzusetzen, um etwas mehr Zeit zur Vorbereitung zu gewinnen, und außerdem mit Rücksicht darauf, daß morgen im Abgeordnetenhause die Kreisordnung für Westfalen zur Berathung steht, an welcher Denjenigen, die sich für dieses wichtige Gesetz interessiren, doch die Theilnahme ermöglicht oder erleichtert werden muß.

Abg. Bamberger schließt sich diesem Ersuchen an.

Abg. Hänel: Ich will gegen die spätere Stunde, da auch Herr Bamberger sie empfiehlt, keinen Widerspruch erheben; wohl aber erhebe ich entschiedenen Widerspruch dagegen, daß diese Verlegung geschehe aus Rücksicht auf den preußischen Landtag. Ich halte es umgekehrt für eine unerhörte Rücksichtslosigkeit des preußischen Landtags, morgen überhaupt Sitzung zu halten, und noch dazu eine Sitzung mit einer so eminent wichtigen Tagesordnung. (Sehr richtig! links.) Ein solches Verfahren wird hoffentlich die Geduld des deutschen Volkes schließlich erschöpfen!

Abg. Windthorst: Auch ich kann den Beschluß des Abgeordnetenhauses, der gefaßt wurde, nachdem ich es bereits verlassen hatte, nur mißbilligen; das Zusammentagen in dieser Weise kann unter keinen Umständen zum Heile, zum Frieden und zum Besten des Landes gereichen. (Zustimmung und Beifall im Zentrum und links.)

Der Präsident tritt auch seinerseits dem Vorschlage bei, die Sitzung um 1 Uhr beginnen zu lassen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Branntweinmonopolvorlage.)

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 3 März, 11 Uhr.

Am Ministertische v. Boetticher und Kommissarien.

Das Haus erledigte in dritter Berathung ohne Debatte die Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken und betreffend die Kirchenverfassung der evangelischen Kirche im Bezirke des Konsistoriums zu Kassel.

Bei der dritten Berathung des Entwurfs einer Landgüter-Ordnung für die Provinz Schleswig-Holstein mit Ausnahme des Kreises Herzogthum Lauenburg weist

Abg. Zelle darauf hin, daß sowohl der einzige Redner, welcher für die Vorlage in der ersten Lesung zum Wort gemeldet gewesen, aber thatsächlich gegen dieselbe gesprochen habe, wie auch der Referent des Herrenhauses das Bedürfniß dieses Gesetzes für Schleswig-Holstein geleugnet hätten. Es wäre doch sehr interessant, zu erfahren, wie viel Höfe in Brandenburg und Schlesien in die Höferolle eingetragen seien. Er halte das Gesetz nicht allein nicht für unschädlich, sondern geradezu für gefährlich, und es sollte sich jeder schleswig-holsteinische Bauer dreimal überlegen, ehe er sich in die Höferolle eintragen ließe.

Abg. Hansen spricht sich für das Gesetz aus.

Abg. v. Minnigerode wünscht, daß die Beamten der Provinz für die Durchführung des Gesetzes mit Eifer eintreten möchten. Die Bedenken des Abg. Zelle wurzelten doch wohl in städtischen Anschauungen; auf dem Lande denke man anders.

Nachdem noch Graf Baudissin sich für das Gesetz ausgesprochen, wird dasselbe unverändert angenommen.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt. Zur Berathung steht der Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe.

Bei den Einnahmen der Baugewerkschule in Nienburg spricht Abg Goldschmidt seine Befriedigung aus über die Einführung von Sommerkursen an dieser Anstalt und wünscht, daß dieselben auch an den übrigen Baugewerkschulen, speziell in Berlin, eingeführt würden.

Unterstaatssekretär v. Möller: Die Regierung beabsichtigt, auf eine größere Frequenz der Sommerkurse an den Baugewerkschulen hinzuwirken. Zum Theil ist dies schon geschehen durch eine bessere Dotirung der Lehrer. Der Baugewerkschule in Berlin wird die Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei den Ausgaben (Minister ohne Gehalt) macht Abg. Dr. Wehr (Disch.-Krone) den Handelsminister darauf aufmerksam, daß durch Einführung eines Ausnahmetarifs nach Mittel- und Südrußland, der der Ostbahn nur geringe Mehreinnahmen bringe, die Konkurrenzfähigkeit der russischen Häfen zu Ungunsten des Danziger Hafens ganz bedenklich erhöht werden würde. Der Handelsminister möge den Eisenbahnminister veranlassen, von der geplanten Tarifermäßigung Abstand zu nehmen.

Abg. Graf Kanitz bittet den Handelsminister, bei dem Reichsamt des Innern dahin zu wirken, daß das statistische Amt des Reichs die Ein- und Ausfuhrbilanzen nach besseren Grundsätzen, als bisher, aufstelle. Aus der bisherigen Statistik sei gar nicht ersichtlich gewesen, daß in einem der letzten Jahre eine Unterbilanz der Ein- und Ausfuhr von ca. einer Milliarde hervorgetreten sei. Dem Abg. Wehr könne er nur den Rath geben, seine Wünsche in der Kommission, welche sich mit dem Bericht über die Verhandlungen des Landeseisenbahnrath beschäftigt, zur Sprache zu bringen.

Unterstaatssekretär v. Möller hält den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, jetzt schon eine Entscheidung über die Aenderung der Handelsstatistik zu treffen.

Abg. Rumpff spricht den Wunsch aus, daß die kaiserlichen Konsuln angewiesen werden möchten, möglichst genaue Berichte über die Zuckerproduktion aus Zuckerrohr einzureichen. Außerdem wolle die Staatsregierung darauf achten, daß der Zucker nicht Spekulationsobjekt werde.

Unterstaatssekretär v. Möller erwidert, daß die Intentionen der Staatsregierung sich in dieser Richtung bewegen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Bei Kap. 69, gewerbliches Unterrichtswesen, erneuert Abg. v. Schenkendorff sein im Vorjahre ausgesprochenes Ersuchen um Vorlegung eines Organisationsplans für das technische Unterrichtswesen.

Unterstaatssekretär v. Möller: Die königliche Staatsregierung ist allerdings nicht in der Lage, einen Organisationsplan für das technische Unterrichtswesen dem hohen Hause vorzulegen. Ich hätte nicht geglaubt, daß der Herr Abgeordnete so bald die im vorigen Jahre erhobene Forderung erneuern würde, nachdem das Handelsministerium kaum vor Jahresfrist das technische Unterrichtswesen in sein Ressort übernommen hat. Die Arbeit ist nicht so leicht, und ich kann auch für die nächsten zwei Jahre nicht versprechen, einen solchen Plan vorzulegen.

Abg. Wehr (Deutsch-Krone) richtet an den Minister die Bitte, die Baugewerksschulen, sobald der Etat derselben mit einem Defizit zu kämpfen hat, zu unterstützen; Redner wünscht speziell einen Zuschuß für die Schule in Deutsch-Krone.

Geheimer Ober-Regierungsrath Lüders erwidert, daß die königliche Staatsregierung sich die Pflege der Baugewerkschulen sehr angelegen sein lasse, ein Mehreres als jetzt geschehe, zu thun, sei sie indessen nicht in der Lage.

Abg. Dr. Langerhans richtet an die Staatsregierung die Bitte, die Handwerkerschule Berlins mit reichlicheren Zuschüssen auszustatten. Die Regierung habe mit Errichtung des Polytechnikums in Charlottenburg allerdings einem anerkannten Bedürfniß abgeholfen, indessen sei durch diese Zentralisation eine Lücke entstanden, welche auszufüllen die Handwerkerschule berufen sei. Die Regierung möge der letzteren daher ihre Hilfe ganz besonders zuwenden.

Minister v. Boetticher: Die Regierung wird, wie bisher, ihr warmes Interesse diesen Anstalten zuwenden und bemüht sein, sobald ihr bestimmte Anträge entgegengebracht werden, diesen nachzukommen. Für den vorliegenden Etat ist eine Berücksichtigung dieser Wünsche allerdings ausgeschlossen.

Abg. vom Heede bittet die Staatsregierung, aus dem Fonds der Zuschüsse zur Unterhaltung von gewerblichen Zeichen-, Baugewerk-, Webe- und anderen Fachschulen, auch der Iserlohner Fachschule, deren Erweiterung ein allseitig anerkanntes Bedürfniß sei, eine höhere Subvention zu gewähren.

Geh. Rath Lüders entgegnet, daß, nachdem über die Vertheilung der Zuschüsse bereits disponirt sei, für dieses Jahr die Erfüllung des Wunsches des Abg. vom Heede nicht angängig erscheine.

Unterstaatssekretär von Möller: Die Regierung hat nirgends die Verpflichtung anerkannt, Baugewerkschulen allein aus Staatsmitteln zu unterhalten, sondern sie hat den Standpunkt eingenommen, daß da, wo lokale und allgemeine Interessen bezüglich der Einrichtung resp. Fortführung derartiger Anstalten Hand in Hand gehen, die erforderlichen Kostenbeiträge zwischen den Interessenten und dem Staate getheilt wurden. Der Staatsbeitrag soll jetzt erhöht werden. Damit ist die wohlwollende Haltung der Regierung zu diesem Zweige des technischen Unterrichtswesens wohl genügend dokumentirt. Eine Verpflichtung des Staates aber liegt nicht vor, auch nicht hinsichtlich der Stadt Deutsch-Krone; in Westpreußen wird sich leicht eine andere Stadt finden, welche gern zu den Kosten beiträgt, sobald Deutsch-Krone dies nicht mehr will.

Der Titel sowie der Rest des Ordinariums werden bewilligt.

Das Extraordinarium des Etats des Ministeriums für Handel und Gewerbe wirft im Ganzen 139 510 M. aus, wovon 80 000 M. „behufs Uebernahme des Lootsenwesens der Stadt Stralsund auf den Staat, insbesondere zur Herstellung von sechs Lootsenwohnungen und eines Wachthauses zu Barhöft, sowie zur Beschaffung der Lootsenboote" bestimmt sind. Die Abgg. Imvalle und Leber beantragen die Ablehnung der letzteren Forderung.

Abg. Imvalle begründet den Antrag mit allgemeinen Sparsamkeitsrücksichten, man dürfte der Stadt für die bessere Handhabung des Schifffahrtsverkehrs durch den Gellen, einer wesentlich lokalen und privaten Wasserstraße, nicht einseitig ein Staatsgeschenk machen.

Minister v. Boetticher: Es handelt sich durchaus nicht um ein der Stadt Stralsund zu machendes Geschenk, sondern um eine Ausgabe, die der Staat, vermöge seiner Verpflichtung für den Seeverkehr zu sorgen, leisten muß. Ein Rechtstitel, auf Grund dessen die Stadt zur Fortführung und alleinigen Unterhaltung des Lootsenwesens gezwungen werden könnte, existirt nicht.

Abg. Stengel schließt sich diesen Ausführungen an, während Abg. v. Eynern mindestens eine Verpflichtung der Stadt zur Leistung eines Kostenbeitrages auferlegt wissen will und der einfachen Uebernahme von kommunalen Lasten auf den Staat nicht zustimmen zu können erklärt.

Unterstaatssekretär v. Möller und Abg. Schmidt (Stettin) treten für die Bewilligung der Position ein.

Abg. Lieber hebt dagegen hervor, daß von den Freunden der Bewilligung auch nicht einmal der Versuch gemacht sei, die Verpflichtung des Staats zur Uebernahme des bisher kommunalen Stralsunder Lootsenwesens zu erweisen. Man solle wenigstens nochmals mit den Behörden Stralsunds wegen

Betheiligung der Stadt an den dauernden Unterhaltungskosten in Verhandlung treten.

Unterstaatssekretär v. Möller betont nochmals die Dringlichkeit der beabsichtigten Aenderungen.

Nachdem noch Abg. Schreiber (Marburg) für die Forderung gesprochen, wird dieselbe gegen die Stimmen des Zentrums, einiger Nationalliberaler und eines Theils der Freisinnigen bewilligt.

Die übrigen Titel des Extraordinariums rufen keine Debatte hervor; die Bewilligung erfolgt gemäß dem Antrage der Budgetkommission.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident v. Köller schlägt vor, die nächste Sitzung morgen Donnerstag abzuhalten und die erste Lesung der Kreisordnung für Westfalen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Hänel bittet den Präsidenten, von dieser Tagesordnung Abstand nehmen zu wollen, da morgen im Reichstage die Branntweinmonopol-Vorlage, eine der wichtigsten in wirthschaftlicher, politischer und finanzieller Beziehung, mit welchen sich seit Jahren ein Parlament zu beschäftigen gehabt habe, zur Diskussion stehe. Es handle sich dabei nicht blos um ein Interesse des Reichstags oder derjenigen Mitglieder desselben, die gleichzeitig dem Abgeordnetenhause angehören, es handle sich vielmehr um ein allgemeines politisches Interesse; es würde der ganzen politischen Situation geradezu widersprechen, wenn an einem solchen Tage einer solchen Diskussion gegenüber auch hier eine Vorlage von der prinzipiellen Wichtigkeit der Kreisordnung zu berathen wäre.

Präsident v. Köller: An Material für die Plenarsitzungen liegt augenblicklich, von Petitionen abgesehen, nur der Kultusetat und die Kreisordnung für Westfalen vor. Es wird dem Hause nicht passend erscheinen, den Kultusetat in dieser Woche, in Abwesenheit des Kultusministers, zu diskutiren, der die nächsten Tage hindurch gewiß im anderen Hause gefesselt sein wird; es bleibt also nur die erste Lesung der Kreisordnung. Allerdings beginnt morgen im Reichstag die Generaldiskussion der Monopolvorlage, diese Diskussion wird sich indessen möglicherweise auch über Freitag und Sonnabend erstrecken (sehr richtig! rechts), und wollten wir während dieser Diskussion hier keine Sitzung halten, so würden die drei Tage ganz ausfallen müssen. Das möchte ich dem Hause nicht empfehlen. Zunächst müssen alle unsere Kommissionen, auch die für die Kreisordnung einzusetzende, in Thätigkeit kommen. Danach würde ich allerdings dem Hause vorschlagen, am Freitag und Sonnabend keine Sitzung zu halten.

Abg. v. Rauchhaupt hält den Vorschlag des Präsidenten auch im Interesse der gleichzeitigen Mitglieder des Reichstages für am meisten empfehlenswerth; Abstimmungen würden morgen im Reichstage sicher nicht stattfinden.

Abg. Hänel: Es handelt sich nicht um Abstimmungen, sondern um eine große politische Diskussion, auf die die Augen ganz Deutschland gerichtet sind. Man würde es einfach als eine neue Demonstration dieses Hauses gegen den Reichstag erklären, wenn wir hier morgen in die Berathung der Kreisordnung eintreten. Die Frage, ob auch die Kommission für diese Vorlage drei Tage zeitiger anfangen kann, ist von ganz untergeordneter Bedeutung. (Widerspruch rechts.)

Abg. v. Eynern: Der Konflikt zwischen den beiden Parlamenten ist uns ja allen sehr unangenehm; indessen sehe ich nicht ein, warum darunter das Abgeordnetenhaus vorzugsweise leiden soll, um so weniger, als ja die Kreisordnungsvorlage doch in eine Kommission geht.

Abg. v. Zedlitz: Das Haus hat das dringendste Interesse, die nächste Zeit für unsere Etatsberathungen voll zur Verfügung zu haben; wir schweben schon fast in der Gefahr, den Etat nicht bis zu dem gesetzlichen Termin zum Abschluß zu bringen. Die Unterstellung, daß mit der Berathung der Kreisordnung unsererseits ein politischer Schachzug gegen den Reichstag gemacht wird, weise ich zurück; man wird draußen unsere sachlichen Gründe verstehen, wo man sie verstehen will. Die freisinnige Partei ist ja zudem an Kräften, an Rednern, an Geist so reich (Heiterkeit rechts), daß sie uns auch hier vortreffliche Reden zur Kreisordnung gleichzeitig mit ihrer Betheiligung an den Reichstagsdebatten halten wird.

Abg. Hänel: Für die letzte Anerkennung bin ich sehr dankbar; sie war allerdings nur persönlich und ist sachlich wohl nicht zutreffend. Eine Gefahr für den rechtzeitigen Abschluß der Etatsberathung ist absolut nicht vorhanden; es war das vom Vorredner nur angedeutet, um einen gewissen Zweck zu erreichen. (Oho! rechts.) Vor zehn Jahren wäre ein Nationalliberaler, der sich so wie heute Herr v. Eynern geäußert hätte, aus der Partei ausgeschlossen worden. (Unruhe bei den Nationalliberalen). Daß unser Beschluß, morgen zu tagen, allgemein als Demonstration gegen den Reichstag aufgefaßt werden wird, ist keine Unterstellung, sondern meine aufrichtige Ueberzeugung; der Erfolg wird mich rechtfertigen.

Abg. v. Zedlitz: Ich bin entgegengesetzter Meinung und habe die Ueberzeugung, daß der Abg. Hänel selbst nicht glaubt, was er soeben gesagt hat. (Heiterkeit und Unruhe.) Da ich aber gewohnt bin, zu glauben, was ich sage (Heiterkeit), so halte ich aufrecht, was ich über den Abschluß der Etatsberathung gesagt habe. Der Abg. Hänel hat sich die Lage der Dinge nicht ordentlich angesehen.

Präsident v. Köller wünscht, daß die beiden Vorredner nicht gegenseitig sich andere Motive als die ausgesprochenen unterzuschieben fortfahren. (Heiterkeit.)

Abg. Hänel: Herrn v. Zedlitz möchte ich doch anheimgeben, daß er sich etwas mehr anstrengt und seine Erwiderungen nicht immer im Tone von Retourkutschen hält. (Heiterkeit.)

Abg. v. Zedlitz: Herr Dr. v. Hänel (Heiterkeit) wird mich stets bereit finden, keine Retourkutschen zu machen, wenn sie nicht ziehen; in diesem Falle aber haben sie ordentlich gezogen. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Dirichlet: Ich muß Herrn v. Zedlitz überlassen, uns klar zu machen, was eine ziehende Kutsche ist. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen angenommen.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Erste Lesung der Kreis- und Provinzial-Ordnung für Westfalen.)

Lokales.

Von dem Inseratenmarkt der Zeitungen soll sich die Politik eigentlich fernhalten, aber bisweilen findet sie, zumal im harmloser Maske des Geschäftlichen, auch dort Unterschlupf und dann bergen sich hinter der Maske oft interessantere Züge, als sie der gründlichste Leitartikel aufweist. So fand sich dieser Tage in den größeren Berliner Blättern folgendes Inserat:

Bekanntmachung.

Das Berliner Bureau der „Hamburger Nachrichten", Wilhelmstraße Nr. 53/54 dortselbst ist wegen Arbeitsüberhäufung des bisherigen Leiters aufgehoben und fällt ganz fort, bis die Unterzeichnete eine in's Auge gefaßte direkte Vertretung in Berlin eingerichtet hat.

Hamburg. Die Redaktion
23. Februar 1886. der „Hamburger Nachrichten".

Geschäftlich gelesen, so schreibt die „Frankf. Ztg.", ganz harmlos, politisch das Schlußwort einer recht unerquicklichen Geschichte, deren Held sich uns, wenn wir das Berliner Adreßbuch nachschlagen, sofort in der Person eines „sicheren" Herrn Schweinburg vorstellt. Dieser Herr dürfte unseren Lesern aus der Zeit des entschlafenen „Volksfreund" nicht ganz unbekannt sein. Besagter Herr, unstreitig ein industrielles Genie, hat die Entdeckung gemacht, daß man mit keiner Waare vortheilhafter hausiren könne, als mit offiziösen Nachrichten und treibt damit seit geraumer Zeit ein schwungvolles Geschäft, das ihn aber nicht hinderte, auch noch andere Artikel in Kommission zu nehmen, so z. B. die geistigen Fabrikate der schutzzöllnerischen Industriellen, die es bekanntlich dazu haben, sich einen Herold zu halten, wozu sich Herr Schweinburg schon um deswillen eignete, weil bei ihm die schutzzöllnerische Waare sich unter offiziöser Flagge bergen konnte. Zwei Organe versahen diese Dienste, die „Berliner Polit. Nachrichten", das eigentlich offiziöse, das durch seine Verbindungen mit einem preußischen Ministerium in der Lage war, Aktenstücke jeglicher Art, namentlich Gesetzentwürfe zur Kenntniß der Welt zu bringen, von denen selbst Mitglieder des Bundesraths noch nichts wußten, und die „Neue Reichskorrespondenz", die sich der Industriellen für Geld annahm. Namentlich mit der ersteren beherrschte Herr Schweinburg den publizistischen Markt; aber dabei blieb er nicht stehen, er sagte sich, ehe die Milch an die große Masse der Kunden kommt, läßt sich der Rahm abschöpfen und an einzelne bevorzugte Kunden zu guten Preisen absetzen. Bei der konservativen Presse fand diese Thätigkeit wenig Beifall; man mißbilligte dort die Verquickung offiziöser und industrieller Leistungen, zumal letztere sich nicht selten gegen den immer stärker werdenden Appetit der agrarischen Bestrebungen wandten und wiederholt wurde sogar derjenige Minister, der anscheinend Herrn Schweinburg patronisirte, auf das Doppelspiel desselben aufmerksam gemacht. Ohne Wirkung, im Gegentheil, der offiziöse Charakter der „Berl. Pol. Nachr." trat immer deutlicher hervor und ihrem Herausgeber wuchsen die Flügel derart, daß er sich zu eigenen Fabrikaten verstieg, die denn doch, wie z. B. jüngst die Drohung, die Regierung werde die Kolonialpolitik, um sie gegen die Obstruktion des Reichstags zu schützen, vereinzelstaatlichen, d. h. auf Preußen übertragen, selbst bei den gewohnheitsmäßigen Hurrahschreiern starken Anstoß erregten.

Besagter Schweinburg war aber auch noch Vertreter mehrerer auswärtiger Blätter, darunter der „Hamb. Nachrichten", deren Berliner Bureau er repräsentirte. Mit Bedauern nahm man wahr, daß die „Hamb. Nachr.", früher ein durchaus unabhängiges Blatt, durch die kritiklosesse Kolportage der offiziösen Leistungen aus dem Bureau Schweinburg zur Stufe der Reptilienpresse hinabsanken; der Umstand, daß man in Hamburg für diese Metamorphose, die an anderen Stellen Geld einbringt, noch Geld aufwandte, verschlimmerte die Sache. Fälschungen, Schmähungen gegen die oppositionellen Parteien und deren Führer, die man anderswo ignorirte, die selbst die „Nord. Allg. Ztg." verschmähte, fanden bei den „Hamb. Nachr." gnädige Aufnahme; hier durfte sich Herr Schweinburg in Artikeln, Telegrammen, Notizen nach Belieben austoben und er that es mit jenem Eifer des Dienstes, der noch durch die lockende Sicherheit reicher Bezahlung von Seiten des Blattes erhöht wurde.

Aber der Krug geht so lange zu Wasser bis er bricht. In einer guten Stunde müssen die Eigenthümer der „Hamb. Nachr." doch dahinter gekommen sein, daß sie mit ihrem guten Gelde eigentlich den Verlust ihrer Unabhängigkeit und ihres guten Rufs bezahlten, sie werden gefunden haben, daß man nicht zweien Herren dienen kann, geschweige denn noch mehreren, und davon giebt das oben mitgetheilte Inserat der Welt Kunde. Mit der „Arbeitsüberhäufung" des Herrn Schweinburg wird es die gleiche Bewandtniß haben, wie mit den „Gesundheitsrücksichten" bei den Demissionen von Ministern; die Fassung der Anzeige läßt keinen Zweifel darüber, daß hier Jemandem der Stuhl etwas unsanft vor die Thüre gesetzt worden ist.

Der Schlossermeister Schael hierselbst hat ein von ihm erfundenes durch Reichspatent vom 12. Februar d. J. geschütztes Allarmschloß der Kriminalpolizei zur Besichtigung und Begutachtung vorgelegt. Die Konstruktion dieses Schlosses ist eine derartige, daß, wenn ein anderer als der zur ordnungsmäßigen Oeffnung bestimmte, eigenartig geformte Schlüssel beziehungsweise anderes Instrument mit dem Schlosse in Berührung gebracht wird, der mit dem letzteren verbundene Alarmapparat sofort in Bewegung gesetzt wird und bis zur Abstellung derartig fortarbeitet, daß der Lärm auch den in den entferntesten Theilen der Wohnung befindlichen Personen nicht entgehen kann. Auch das Einstoßen der Thür oder das Ausschneiden der Thürfüllung setzt den Apparat in Bewegung. Die Anbringung des Schael'schen Alarmschlosses an den Eingangsthüren zu Wohnungen oder Geschäftsräumen kann wohl empfohlen werden, weniger an den Hausthüren, weil zu besorgen steht, daß durch Muthwillige die Hausbewohner ohne Grund erschreckt werden könnten.

Ueber den starken Schneefall schreibt der Hamburger Meteorologe der „Voss. Ztg.": „Am Montag früh zeigte das Barometer in Hamburg noch einen Stand von 12 mm über normal, der Himmel war heiter, frischer Ostwind wehte bei 11 Grad Celsius Kälte. Am West- und Südwest-Horizont zeigten sich aber Zirruswolken, welche aus südlicher Richtung emporzogen, das Barometer war in der Nacht schon 2 mm gefallen. Diese Anzeichen deuteten auf das Herannahen einer Schnee bringenden Depression aus West; dieselbe wurde von der Seewarte gemeldet und lag mit einem Druck von 10 mm unter normal zwischen Irland und der Südwestspitze Englands, dort schon am Montag Schnee und Regen erzeugend. Im Laufe des Montags nahm die Zirrusbewölkung zu und am Dienstag Morgen war der Himmel völlig mit diesem hohen Gewölk bedeckt. Das Barometer war 12 mm gefallen, aber das Thermometer zeigte in der Frühe noch 12 Grad Zelsius Frost. Stürmischer Südost-Wind wehte die Kälte aus dem Innern des Kontinentes heran, woselbst in Folge der Schneedecke und der zuvor heiteren Luft Kälte bis 20 Grad Frost sich entwickelt hatte. Starker Schneefall trat in Hamburg am Dienstag 2 Uhr Nachmittags ein, und der stürmische Wind fegte tiefe Schneewehen zusammen. Das Barometer war im Ganzen in 2 Tagen bis zu diesem Abend 23 mm gefallen. Von Montag auf Dienstag vertiefte sich die Depression von 10 auf 20 mm unter normalem Stande des Barometers; dieselbe hatte die Nordsee erreicht und die Zugrichtung war etwa von Süd-England gegen Schleswig gerichtet. Da auf der Nordseite der Depression kalte Nordwinde wehen und es nicht ausgemacht ist, ob die Nordseite oder die Südseite mit den warmen Winden unser Gebiet treffen wird, so ist es auch nicht entschieden, ob die eintretende Erwärmung von Dauer sein wird."

Die Frage der Einführung der Stenographie in die Schulen beschäftigte die Hauptversammlung des Stolze'schen Stenographenvereins, welche am Dienstag Abend im Saale der Kaiserhallen tagte. Bei der Wichtigkeit der Sache wohnten außer den Vereinsmitgliedern zahlreiche Schulmänner der Verhandlung bei, ebenso die Abgg. Schmidt-Stettin, v. Schenkendorf, Limbourg, Cahenzy, Geh. Rath Blenck vom Statistischen Amt u. A. Die Petition, welche der Verein an das Abgeordnetenhaus gesandt hat, hat in der Unterrichtskommission noch nicht den erwünschten Erfolg gehabt — vielleicht deshalb, weil dieselbe sofort auf die obligatorische Einführung der Stenographie in die höheren Schulen gerichtet war. Der Vortragende des Abends, Prof. Dr. Petri, schilderte aus eigener Praxis die Licht- und Schattenseiten, welche aus der Verwendung der Stenographie in den Schulen zu erwarten seien, recht anschaulich und kam dabei zu dem Schluß, daß die Lichtseiten weit überwiegen und der stenographische Schulunterricht nicht nur für den Schüler selbst, sondern auch für das spätere praktische Leben unendliche Vortheile in sich schließt. Diese Gedanken wurden von dem Vorsitzenden Herrn Max Bäckler, dem Geh. Rath Blenck, einem Senior der Stenographen, dem Abg. v. Schenkendorf als Mitglied der Unterrichtskommission, dem Abg. Schmidt-Stettin u. a. noch weiter ausgeführt. Man war übereinstimmend der Ueberzeugung, daß die Einführung des Stenographie-Unterrichts in den höheren Schulen ein Bedürfniß der modernen Zeit sei und nicht die Ueberbürdung vermehren, sondern derselben kräftigst entgegenwirken würde. Alle Schulmänner, welche selbst Stenographen sind, theilen nicht die Opposition gegen diesen Gedanken, da sie den Segen der Stenographie zu genau kennen. Ebenso war man überwiegend der Ansicht, daß es zweckmäßig sei, vorläufig nur bei bei dem fakultativen Unterricht stehen zu bleiben und daß die Systemfrage nicht unlöslich erscheine. Besser sei es, irgend ein stenographisches System in den Schulen verwendet zu sehen, als gar keins. Abg. Schmidt erinnerte daran, daß er 1882 über dieselbe Frage im Abgeordnetenhause seine Jungfernrede gehalten und das Haus damals einen günstigen Beschluß gefaßt habe; die Opposition der Schuldirektoren sei aber bald hinterher gefolgt. — Das Resumé des Abends drückte sich in der Hoffnung aus, daß das Plenum des Abgeordnetenhauses anders beschließen werde, als die Kommission und in dem festen Vorsatz, in der Propaganda für die Einführung der Stenographie in den Schulen auch fernerhin nicht nachzulassen. Geh. Rath Blenck theilte zum Schluß mit, daß er demnächst eine Statistik der Stenographie in der statistischen Zeitschrift erscheinen lassen werde.

Ein ziemlich umfangreicher Brand hatte gestern Vormittag gegen 11 Uhr die Feuerwehr alarmirt. In dem Hause Prinzenstraße Nr. 28 war in dem Putz- und Weißwaaren-Geschäft von Hugo Glas auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise Feuer entstanden, welches, durch die leicht entzündbaren Waaren reiche Nahrung findend, größere Dimensionen annahm. Merkwürdigerweise waren Schaufenster und Ladenthür durch Jalousien halb geschlossen, so daß die Mannschaften der Feuerwehr mit Aexten erst Luft schaffen mußten. Alsbald schlugen die hellen Flammen aus den Oeffnungen und nun begann der Angriff erst mit einer Handdruckspritze und dann mit der Dampfspritze. Dieselbe mußte volle 20 Minuten unausgesetzt in Thätigkeit bleiben, bis die Macht des Feuers gebrochen war. Der Laden ist als ausgebrannt zu betrachten, auch in die erste Etage hatte sich das Feuer Eingang verschafft. Gegen 1/2 1 Uhr waren die Löscharbeiten beendet.

Vereine und Versammlungen.

* **Eine öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen Berlins** fand am Dienstag Abend im Buggenhagen'schen Etablissement unter Vorsitz des Kaufmanns Rosenthal statt mit der Tagesordnung: „Die Handlungsgehilfen-Bewegung und die Parteien im Reichstag". Zu dieser, etwa 800 Theilnehmer zählenden Versammlung waren wieder Einladungen an die Mitglieder der Arbeiterschutz-Kommission des Reichstages und andere Abgeordnete ergangen. Die Abgeordneten Dr. Th. Barth (dfr.) und Paul Singer (Sozialdem.) waren erschienen; Dr. Lieber, Dr. Haarmann, Ludwig Löwe, Dr. Schneider, Lohren und Klemm hatten sich brieflich entschuldigt. Der Referent, Handlungsgehilfe Auerbach (Hamburg) entwickelte die schon bekannten Bestrebungen der Handlungsgehilfen bezüglich der gesetzlichen Kündigungsfrist, Verkürzung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe. Redner unterzog einen Artikel der „Volks-Zeitung", in welchem der Abgeordnete Dr. Baumbach seiner Freude Ausdruck giebt, daß er seiner Zeit nicht im Kreise der Berliner Handlungsgehilfen erschienen ist, weil diese im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmen, einer scharfen Kritik. Diese Behauptungen seien unzutreffend, die Handlungsgehilfen bewahrten sich in ihrer Gesammtheit eine neutrale Haltung in der Politik und seien bereit, von jeder Partei die Unterstützung anzunehmen. In der Diskussion, welche sich an den Vortrag knüpfte, suchte Herr Singer den Nachweis zu führen, daß die Handlungsgehilfen ihre Lage verkennten, wenn sie sich den politischen Parteien neutral gegenüber verhalten wollten. Da von allen Parteien nur die sozialdemokratische ihre Forderungen in ihrem vollen Umfange für gerechtfertigt ansehe, so erheische es ihr Interesse, bei den Wahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Redner erklärte ferner, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß seine Partei nicht für die Forderungen der Handlungsgehilfen eingetreten sei, damit diese an dem Wagen seiner Partei ziehen sollen, sondern deshalb, weil die Kaufleute auch Menschen sind (Beifall); deshalb habe sie die Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes auch im Allgemeinen in ihr Programm aufgenommen. Redner kritisirte dann an der Hand der kaufmännischen Forderungen die konservative — und die deutschfreisinnige Partei. Charakteristisch sei es, so führte er aus, wie diese Partei, als der Reichskanzler sich nicht für die Sonntagsruhe erwärmte, sofort umschwenkte und die vorher so eifrigen Agitatoren für die Sonntagsruhe mit Sack und Pack ins andere Lager marschirten, diejenigen, welche bisher noch zur konservativen Partei gehalten, werden wohl bald einsehen, daß ihre Hoffnungen trügerische sind. Alsdann ging Herr Singer dazu über, die deutschfreisinnige Partei wegen ihres manchesterlichen Standpunktes anzugreifen und die freie Vereinbarung für ein Unding zu erklären. Abg. Dr. Th. Barth führte darauf unter dem lebhaften Widerspruch der Versammlung aus, daß die Handlungsgehilfen nicht auf dem rechten Wege seien, ihre Lage zu heben. Nicht als Politiker wolle er sprechen, nur der Umstand, daß er Jahre lang sich mit Handelsfragen in seiner früheren Eigenschaft als Syndikus einer Handelskammer und Vorsitzender eines großen kaufmännischen Vereins beschäftigt, habe ihn hergeführt. Ihn habe es sehr seltsam berührt, daß man den Deutschfreisinnigen den Vorwurf gemacht, sie hätten kein Verständniß für die produktiven Stände. Mehr als Andere sind wir im Stande, die allgemeinen Interessen des Handels wahrzunehmen und halten eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur für den Handelsstand, sondern für alle andern nothwendig. Aber die Frage ist die, auf welche Weise erhält man dieses Ziel am ehesten? Dadurch, daß man an die Gesetzgebung herantritt und wünscht, daß sie die Fülle ihres Horns über uns ausgießt, oder nicht besser dadurch, daß man selbst Hand anlegt. Sieht die jetzige Sozialreform-Gesetzgebung nicht wie Spott und Hohn auf die Bestrebungen der Arbeiter aus? — Bezüglich der Sonntagsarbeit herrscht ja ein großer Zopf, aber halten Sie sich denn selbst für so machtlos, daß sie ohne Gesetzgebung nichts machen zu können vermeinen? (Rufe: Ja! — Nein!) Dann machen Sie sich schlechter als Sie sind. Wenn Sie an die jetzige Gesetzgebung herantreten, glauben Sie denn, daß man ohne Weiteres auf Ihre Wünsche eingehen wird? O nein! dann wird man „organisch", wie man es nennt, zu regeln anfangen, und dabei dürften Sie nicht gut fahren. Wir werden Sie unterstützen, wenn Sie darauf verzichten, an die Gesetzgebung heranzutreten (Rufe: Niemals!) und selbst Ihre Geschicke in die Hand zu nehmen. Der Vorsitzende brachte darauf nachfolgende Resolution zur Verlesung, während deren Abg. Dr. Barth den Saal verläßt: „Die am Dienstag, den 2. März, im Buggenhagen'schen Saale versammelten Handlungsgehilfen Berlins beschließen in Anbetracht der alles Maß übersteigenden Noth in diesem Stande, den Reichstag (X. Kommission für Abänderung der Gewerbeordnung) aufzufordern, nach folgenden Gesichtspunkten bei Festsetzung des Arbeitsverhältnisses der Angestellten im Handelsgewerbe zu den Prinzipalen zu verfahren: a. Die im Handelsgesetzbuch vorgeschriebene Kündigungsfrist bleibt als Maximalgrenze bestehen. Andere Abmachungen mit Ausnahme einer vierwöchentlichen Probezeit sind unstatthaft. b. Die Lehrzeit darf die Dauer von drei Jahren nicht übersteigen. c. Die Arbeitszeit der Angestellten im Handelsgewerbe unter 18 Jahren darf die Dauer von acht Stunden exkl. Pausen nicht übersteigen. d. Die Arbeitszeit der Angestellten im Handelsgewerbe darf die Dauer von zehn Stunden exkl. der Pausen nicht übersteigen. e. Die Arbeitszeit darf an Werktagen nicht vor 8 Uhr und an Sonn- und

Festtagen ebenfalls nicht vor 8 Uhr Morgens beginnen und darf nicht über 8 Uhr Abends resp. 1 Uhr Mittags ausgedehnt werden." Diese Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

In der Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute (Lokalverband Berlin-Westen), welche am 1. März in Gründer's Salon, Schwerinstr. 26, tagte, hielt Herr Dr. Lütgenau einen Vortrag über „Das Handwerk in der Gegenwart". Referent legt klar, daß das Handwerk in der Gegenwart so gedrückt wäre, daß der kleine Handwerker sowie der Lohnarbeiter unter dem Drucke des Großkapitals nicht mehr im Stande seien, ihre Existenz zu fristen. Redner kommt auf die früheren Zünfte und auf die sogenannte „gute alte Zeit" zu sprechen und legt klar, daß damals der Handwerker sich in mancher Hinsicht besser stand, als heute, wo der eigentliche Mittelstand immer mehr von der Bildfläche verschwindet. Auf der einen Seite tritt ein überflüssiger Luxus und Ueberfluß, auf der andern Seite Hunger und Elend immer mehr in den Vordergrund. Weiter kommt Referent auf die Lehrlingsfrage zu sprechen und meint, daß die jugendlichen Leute, welche sich zu tüchtigen Handwerkern ausbilden wollen, heute nicht immer Gelegenheit dazu haben, weil sie größtentheils nur als Laufburschen ausgebeutet werden. Der kleine Handwerker, welcher allein oder mit ein paar Gesellen arbeitet und der Konkurrenz des Großbetriebs ausgesetzt ist, könne dieser nicht genug Widerstand leisten. Die „freie Konkurrenz" bedeute Niederlage des wirthschaftlich Schwächeren gegenüber dem wirthschaftlich Stärkeren. Da der Großbetrieb mit leichter Mühe und wenig Arbeitskräften kolossale Massen von Waaren mit Hilfe der Maschinen herstellen kann, nehme das soziale Elend der arbeitenden Bevölkerung von Tag zu Tag mehr zu. Unter diesen Verhältnissen sei es die höchste Zeit, daß die Arbeiter sich vereinigen, um eine Besserung ihrer gedrückten Lage herbeizuführen. Referent bespricht nunmehr eine Statistik des Herrn Geheimrath Engel aus dem Jahre 1875 über die Gewerbezählung und meint, daß diese Statistik nicht richtig aufgestellt sei, denn es sei darin gesagt, daß das Kleingewerbe besser dastehe als der Großbetrieb. Weiter führt Redner über die Frauen- und Kinderarbeit aus, daß durch dieselbe dem Manne eine furchtbare Konkurrenz gemacht wird und Abhilfe dringend nothwendig sei. Referent weist auf die Nothwendigkeit hin, daß der Arbeiter- und Handwerkerstand sich zusammenthun müsse zu großen Vereinigungen zur Verbesserung ihrer Lage, wie sie theilweise jetzt schon geschaffen sind. Viele der Mängel, welche jetzt bestehen, könnten dadurch abgeschafft werden. Die gesammte Bevölkerung habe das Recht, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. (Großer Beifall.) In der Diskussion sprach der Vorsitzende, Herr Loß, sich im Sinne des Referenten aus. Hierauf wurden verschiedene geschäftliche Angelegenheiten verhandelt. Dann folgte eine längere Debatte über das Verhalten der Meister gegenüber den Gesellen und über die am Freitag stattgefundene Versammlung der Maurer betreffs Wahl einer Kommission und über die Schritte, wie sich die Zimmerleute dazu stellen würden.

hfs. **Im Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer** hielt am Montag Abend im Louisenstädtischen Konzerthause Herr Michelsen seinen bekannten, von den Zuhörern beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Tendenzen der Gesellschaft", nach dessen Beendigung der Revisor Herr Braun den Revisionsbericht erstattete und Herr Peters zum Revisor gewählt wurde. Der Vereinsvorsitzende Grothmann forderte alle Mitglieder dringlich auf, gerade im gegenwärtigen Augenblicke es nicht an der energischsten Agitation unter allen noch nicht dem „Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer" angehörenden Gewerksgenossen fehlen zu lassen, um dieselben zum Eintritt in den Verein zu bewegen, damit man um so sicherer auf eine ebenso rasche als günstige Erledigung der Verhandlungen mit der Meister-Lohnkommission zählen könne. Mit Rücksicht darauf dürfe sich jetzt kein einsichtiger und tüchtiger Berliner Maurer der Pflicht der Vereinsangehörigkeit noch ferner entziehen. Herr Blaurock erklärte, unter Bezugnahme auf einen den bevorstehenden Maurerkongreß betreffenden Artikel der Nummer 8 des „Bauhandwerker" über: „Die Regelung der Arbeitseinstellungen", daß die in demselben dargelegten Ausführungen, speziell hinsichtlich des Verhältnisses der örtlichen Kommissionen und der gemeinsamen Kontrollkommission zu einander, sowie die am Schlusse des Artikels dem Kongresse vorzuschlagene Resolution lediglich ein Meinungsausdruck der Redaktion und nicht mit den etwaigen Anschauungen der Preß-Kommission zu identifiziren seien, wie man in einzelnen Kreisen der hiesigen Kameraden irrthümlich angenommen habe. Dasselbe wird auch seitens der Herren Grothmann und Schmidt bestätigt. Zum Schluß beschloß die Versammlung nahezu einstimmig, bis auf Weiteres die wissenschaftlichen und sonstigen Vorträge in den Vereinsversammlungen ausfallen und dafür nur über gewerkschaftliche Angelegenheiten verhandeln zu lassen, da die Rücksicht auf den aktuellen Charakter der augenblicklichen Situation des Gewerks es erfordern.

th. **Die Eisenbahn-Arbeiter** hielten am 2. d. M. in Altermann's Salon, Dennewitzstraße 13, unter Vorsitz des Herrn Dennier zur Besprechung ihrer Lage wiederum eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Herr Krüger erörterte die bereits in der ersten Versammlung klargelegten Uebelstände unter lebhaftester Zustimmung der Anwesenden in eingehendster Weise und legte sodann die von der ersten Versammlung beschlossene, nunmehr von dem damaligen Bureau ausgearbeitete Petition der Versammlung zur Kenntnißnahme und Beschlußfassung vor, welche in ihrem Wortlaute also lautet: „In Erwägung, daß Versuche der dem Deutschen Reiche angehörenden unterzeichneten Eisenbahn-Arbeiter, welche dieselben zur Aufbesserung ihrer Lage an kompetenter Stelle unternahmen, sämmtlich gescheitert sind; in Erwägung, daß die willkürlichen Handlungen der Eisenbahn-Verwaltungen, wie vierzehntägige resp. vierwöchentliche postnumerando Lohnzahlung, sowie, daß die jetzige Höhe des Lohnsatzes (2—2,50 M. pr. Tag), welche ein menschenwürdiges Dasein nicht ermöglichen läßt, nachtheilig gewirkt und viel Noth und Elend hervorgerufen haben; in Erwägung, daß den Eisenbahn-Arbeitern keinerlei Gewähr geboten ist, sich gegen ungerechtfertigte Maßregeln schützen zu können: so rufen die dem Deutschen Reiche angehörenden Eisenbahn-Arbeiter den Hohen Reichstag ganz ergebenst um Hilfe an. Hochderselbe wolle beschließen: 1. die bei den Königlichen Eisenbahnen eingeführte unbezahlte Ueberfeierabendarbeit abzuschaffen oder gesetzlich zu regeln. 2. den jetzigen Lohn der Eisenbahnarbeiter einer gütigen Prüfung zu unterziehen, damit derselbe demnächst nach lokalen Verhältnissen (jedoch nicht unter 3 M. pro Tag) erhöht resp. geregelt werde. 3. den Eisenbahn-Arbeitern, gleich den Beamten, alle 14 Tage einen freien Sonntag gewähren zu wollen. 4. eine gleiche geregelte Arbeit bei allen Königlichen Eisenbahnen schaffen zu wollen, damit allen willkürlichen Bestimmungen, wie: a. Kautionen der verschiedenen Bahnen, b. ungerechte oder bevorzugte Lohnsteigerung verschiedener Arbeiter, c. Arbeiter über 30 Jahre alt nicht in Arbeit einzustellen, d. polizeilich oder gerichtlich bestrafte Arbeiter nicht anzustellen resp. dieselben auszustoßen u. dgl. m. abgeschafft resp. gesetzlich geregelt werden. Diese Petition dem Herrn Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen, dem deutschen Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher eine Regelung der Interessen der Eisenbahn-Arbeiter in sich trägt. Zur Unterzeichnung dieser Petition sollen weitere Versammlungen veranstaltet, sowie dieselbe in ganz Deutschland verbreitet werden. Zur Deckung der Unkosten wurde sofort eine Sammlung veranstaltet.

* **Ortskrankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter.** Freitag, den 5. März, Abends 7 Uhr, im Bürgersaale des Rathhauses, Generalversammlung. T.-O.: 1. Wahl der 3 Kassirer. 2. Beschlußfassung wegen Anstellung eines 4. Kassirers event. Wahl desselben. § 50 Absatz 9. 3. Antrag Furchtbar und Gen., betr. Abänderung der §§ 32 und 46 des Statuts. Zur Legitimation ist die bereits ausgehändigte Karte erforderlich.

* **Oeffentliche Arbeiterinnen-Versammlung** Donnerstag, den 4. d. M., Abends 8½ Uhr, in Bötzows Brauerei, Saarbrückerstr. 4. Tagesordnung: Vortrag der Frau Henrich-Wilhelmi. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten. Männer haben Zutritt.

Die Versammlung des Bezirks-Vereins der arbeitenden Bevölkerung des **Süd-West** findet heute, Donnerstag Abend 8½ Uhr in den Kaiserhallen, Alte Jakobstraße 120, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Bock. 2. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Vermischtes.

Barbarische Rohheit. Vor einigen Tagen kam die Polizei in Petersburg einem empörenden Verbrechen auf die Spur. Der in der Puschkinskaja Nr. 3 wohnhafte Kollegienassessor Markowin hatte, wie der „Petersb. List." berichtet, zu Ende des vergangenen Jahres einen sechsjährigen Knaben, welcher ihn Onkel nannte, zu sich ins Quartier genommen. Bald verbreitete sich im Hause das Gerücht, daß der Knabe unerhörten und unmenschlichen Strafen unterzogen werde. Die Ortspolizei richtete ihre Aufmerksamkeit darauf und überzeugte sich bald von der Richtigkeit des Gehörten. Ihren Augen stellte sich folgendes jammervolle Bild dar: im Schlafzimmer Markowin's befand sich eine Bettstelle, an deren vier Füßen Riemen angenagelt waren. Mit diesen waren Hände und Füße des unglücklichen und fast völlig nackten Kindes nach oben und nach unten straff ausgespannt; ein fünfter an der Diele festgenagelter Riemen war stramm um den Leib des Kindes geschlungen und an den Fuß eines massiven Tisches befestigt. Unter den Rücken des Knaben hatte der Unmensch ein Holzscheit gelegt, dessen Rinde die entblößte Haut des Kindes zerriß und sich in dieselbe hineinbohrte; der ganze Körper war mit Striemen, Beulen und blauen Flecken, den sichtbaren Spuren von Schlägen übersäet. In diesem geschilderten Zustande hielt Markowin den Knaben täglich durch mehrere Stunden und allnächtlich. Wenn das bejammernswerthe und erschöpfte Kind um Wasser flehte, so erhielt es Faustschläge auf die Nase, in Folge dessen Kopfkissen und Bettuch starke Blutspuren aufwiesen. Eben so wurde, wenn der arme Knabe bat, ihn zu befreien, um ein natürliches Bedürfniß zu befriedigen, den Foltern kein Ende gemacht, sondern er wurde oft in peinlicher und barbarischer Weise mit einem Riemen gezüchtigt, der blutige Striemen auf dem Körper des Unglücklichen hinterließ. In diesem Zustande fand die Polizei den Knaben um 11 Uhr Nachts in Abwesenheit Markowin's festgebunden und angespannt. Diese Marterwerkzeuge, sowie die blutige Wäsche wurden als Beweisstücke von der Polizei in Beschlag genommen. Der Knabe wurde ins Krankenhaus gebracht und die Sache dem Gerichte übergeben. Bei Aufnahme des Protokolls begründete Markowin sein grausames und unmenschliches Verfahren mit „pädagogischen und hygieinischen Maßregeln, welche nöthig seien, um üble Neigungen des Knaben zu beseitigen." Ein Gerücht jedoch erklärt die Veranlassung anders und bringt sie in Verbindung mit der Herkunft des Knaben und verleiht der Sache eine ganz romanhafte Unterlage.

Kleine Mittheilungen.

Königsberg i. Pr. (Ein Original.) Am 15. März d. J. feiert die allbekannte „Tante Fischer", die Besitzerin des Restaurants „Zur Wolfsschlucht", ihren 100. Geburtstag. Frau Fischer ist 83 Jahre am hiesigen Orte ansässig. Ihre [illegible] Eigenthümlichkeiten, ihr Abscheu vor Bayerisch-Bier, welches in ihrem Lokal, wo nur Braunbier getrunken wird, noch keinen Eingang gefunden hat, sowie ihr geflissentliches Nichtkennen von Eisenbahnen, deren sie noch nie eine gesehen hat, sind allgemein bekannt. Die Bedienung in ihrem Restaurationslokal besorgt die verhältnißmäßig noch sehr rüstige Frau selbst mit Hilfe ihrer 63jährigen jüngsten Tochter.

London, 1. März. (Schneestürme.) Aus sämmtlichen Theilen des Landes gehen Berichte über Schneestürme ein. Es wurden nicht allein Bahnzüge eingeschneit, sondern der Verkehr ist auch im allgemeinen sehr beeinträchtigt. In Schottland erinnert man sich eines so strengen Winters nicht seit 1832. In London hat der anhaltende Schneefall die Straßen in einen solch unpassirbaren Zustand versetzt, daß hunderte von beschäftigungslosen Arbeitern bei deren Reinigung Arbeit finden.

Letzte Nachrichten.

Die Reichstags-Ersatzwahl im 19. sächsischen Wahlkreise (Schneeberg-Stollberg). Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten erhielt bei der am 2. d. M. vollzogenen Wahl der sozialdemokratische Kandidat Geyer 8543 Stimmen, für den Kandidaten der „Ordnungsparteien" Zschierlich wurden 7462 Stimmen abgegeben. Aus einigen kleinen Ortschaften, welche jedoch an dem Gesammtresultate nichts mehr ändern können, fehlen die Berichte noch. Demnach ist die Wahl Geyer's, des „Ersten vom dritten Dutzend" der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gesichert.

Briefkasten der Redaktion.

F. L. Unseres Erachtens muß die gekaufte Begräbnißstelle dem Käufer derselben bis zu seinem Tode ohne Beschränkung reservirt bleiben. Vielleicht ist aber in dem damaligen Kaufvertrag die Bestimmung mit aufgenommen, daß das Recht des Käufers nach Ablauf einer bestimmten Zeit, etwa nach 25 Jahren, verfällt und einer Erneuerung bedarf.

J. J. **Swinemünderstraße.** Da Sie in dem Mietvertrag kontrakte dem Rechte, vorzunehmenden baulichen Veränderungen zu widersprechen, ausdrücklich entsagt haben, müssen Sie es sich gefallen lassen, daß durch Neubau des Seitenflügels Ihre Küche verdunkelt wird. Nur wenn durch den Bau die gemietheten Räumlichkeiten zur zweckmäßigen Benutzung geradezu untauglich werden, könnten Sie Aufhebung des Miethsvertrages und Entschädigung verlangen.

Theater.

Donnerstag, den 4. März.

Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Tilli.
Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.
Wallner-Theater. Alfred's Briefe.
Residenz-Theater. Denise.
Belle-Alliance-Theater. Pariser Leben. Komische Operette in 4 Akten von Meilhac und Halevy.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Zigeunerbaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Heiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Wilken.
Louisenstädtisches Theater. Abracadabra.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Victoria-Theater. Messalina.
Ostend-Theater. Der Graf von Monte Christo Schauspiel in 3 Abtheilungen nach Alex. Dumas von Dr. Carlschmidt.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.
Wallnertheaterstraße 15. [851
Heute:
Zum 6. Male:
Das Haideprinzeßchen.
Volksschauspiel in 4 Akten von Ad. Oppenheim. Neu bearbeitet von Hugo Busse.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7¾ Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.
Tons haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [852
Kaiser-Panorama.
Nur diese Woche: Türkei, Griechenland, Suezkanal. I. Zyklus: Schweiz, St. Gotthardbahn. Hertha-Reise. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

Masken-Garderobe
F. Stenzel,
Nr. 21, Dresdener-Straße Nr. 21.
Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen.
745] Vereine Ermäßigung.

Ein eleg. **Damenmaskenanzug** ist zu verleihen Adalbertstr. 75, Hof II. rechts. [859

Warum
erfreut sich meine Gummi-Wäsche einer immer größeren Beliebtheit?
Ein Herr braucht jährlich wenigstens:

3 Dtzd. leinene Kragen a 700 Pf. =	1400
Waschgeld per Tag a 5 Pf. . . . =	1800
Totalkost. d. lein. Wäsche p. Jahr =	**3200**
4 Stück Gummikragen a 60 Pf. . =	2,40
2 „ Seife a 20 Pf. . . . . =	40
Totalkost. d. Gummikrg. p. Jahr =	**2,80**

Ersparniß zu Gunsten der Gummiwäsche also **29,20 M. Bei Manchetten ist der Vortheil noch größer.** Stehkragen 50 Pf. Umlegekragen 70 Pf. Manchetten 1,20 Mark.
!! Darum !!
Billigste Bezugsquelle im Generaldepot der Hyatts-Wäsche **Maison Gray,** Taubenstr. 34, zwischen Friedrichstraße u. Schauspielhaus.
NB. Auch **Neuh.** i. Handschuh., Krawatt., Hosentr.

Bezirksverein d. arbeitenden Bevölkerung des SW. Berlins.
Sonnabend, den 6. d. M., Abends 8 Uhr,
Geselliges Beisammensein
im Restaurant **R. Klinke,** Admiralstraße 38, wozu die Mitglieder nebst Familie und Bekannte ergebenst eingeladen sind. [876
NB. Außerdem werden die Mitglieder hierdurch nochmals auf die **heute** Abend stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht.

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik
A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). Reelle Waare garantirt.

Selbstunterricht
in der einfachen und doppelten
Buchführung
und Darstellung eines **neuen abgekürzten Systems** zur doppelten Buchmethode von **C. Schmidt,**
Lehrer der Handelswissenschaft.
Preis 1 Mark 50 Pf.
Zu bezieh. durch d. Exped. d. „**Berliner Volksblatt**", Berlin, Zimmerstr. 44.

Elegante
Masken-Garderobe
Fr. Panknin,
Oranienstr. 178, v. II. Ecke Adalbertstr.
473

Die Buchdruckerei
von
MAX BADING
BERLIN SW., Beuth-Str. 2
empfiehlt sich zur
Anfertigung von Druckarbeiten jeder Art
bei prompter und billiger Bedienung.
Kosten-Anschläge und Papierproben gratis und franco.

General-Versammlung
des
Fachv. d. Steinmetzen Berlins
am Sonntag, den 7. d. M., Vorm. 10 Uhr, in **Ahlgrimm's Salon,** Sophienstraße 34.
Tages-Ordnung:
1. Vorlegung des von der Kommission mit den Meistern vereinbarten Tarifs. 2. Der Kongreß der deutschen Steinmetzen zu Köln. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht [867] Der Vorstand.

Versammlung
des Verbandes
deutscher Zimmerleute
(Lokalverband Berlin S.)
und Umgegend
am Donnerstag, den 4. d. M., Abds. 8 Uhr, Mariannenstraße 31/32 bei **H. Bloss.** Gäste willkommen. Mitglieder werden aufgenommen.
869 Der Vorstand.

Die Nr. 26 des
„Wahren Jakob"
ist erschienen und in der Expedition, Zimmerstraße 44, zu haben. 870

Ein schönes Bett, neu, sof. f. 22 M. zu verk. Reichenbergerstr. 183 im Kistengeschäft. [874

Arbeitsmarkt.

Ein junges Mädchen z. Handarbeit und liefern verl. Kühne, Weberstr. 45, Hof III. [875

Ein Mädchen z. Nutenziehen verlangt Koch, Rüdersdorferstr. 6. [878

Tischlerlehrling v. L. Schneider, Adalbertstr. 60.

1 Tischlerg. a. St. Möltwer, Vallisadenstr. 39, Hof 2 Tr. [865

Verantwortlicher Redakteur R. Grunheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.